Mittelstands Magazin

POLITIK

TTIP

Pro & Contra

MIT

Modern und neu aufgestellt **MAZDA CX-5**

Sicher durch den Winter

Wer wild das ginger Strom STADT ERKRATH KEHRY Wernird das Binger Burgh?

Die Schlacht um die Energienetze

Können es Kommunen wirklich besser und billiger?

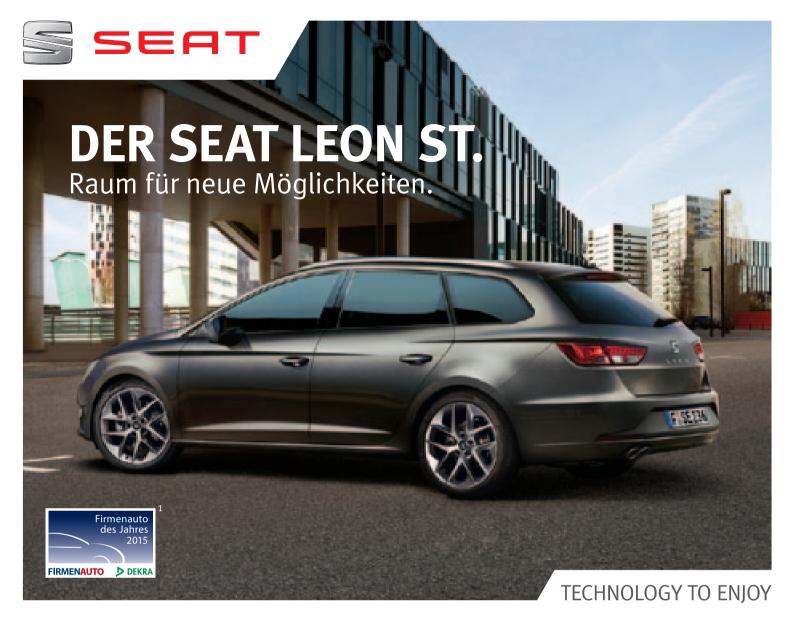
Der Streit um die Rekommunalisierung

Stading We inches THK fordert mehr Wettbewerb Straßenbeleuchtung Konkurrenzkampfum Wertstoffe

toch wedsperrer

Weiter Wirbel Reinigungskräfte

Auf der Privatisierungsbremse kommunale Gesellschaft Konzession an neue



SCHON AB 201 €2 IM MONAT - INKLUSIVE BUSINESS-PAKET REFERENCE.

Bis zu 1.470 Liter Gepäckraumvolumen, damit Sie ein Maximum an Flexibilität genießen. Effiziente Motoren, die Leistung mit Wirtschaftlichkeit verbinden. Fortschrittliche Technologien, die Sicherheit und Konnektivität bieten. Business-Pakete, mit denen Sie sich ein Plus an Ausstattung und Preisvorteile sichern. Und dazu Services und Finanzdienstleistungen, damit sich Ihr SEAT Leon ST in jedem Fall für Sie rechnet. Vermissen Sie etwas? Sagen Sie es uns. Sie erreichen das SEAT FirmenkundenCenter per E-Mail an firmenkunden@seat.de und telefonisch unter 06150 1855-500. Wir freuen uns auf Sie.



SFAT FOR BUSINESS

SEAT.DE/FIRMENKUNDEN

Kraftstoffverbrauch SEAT Leon ST 1.6 TDI, 81 kW (110 PS): innerorts 4,8, außerorts 3,9, kombiniert 4,2 l/100 km; CO₂-Emissionen: kombiniert 106 g/km. Kraftstoffverbrauch SEAT Leon ST: kombiniert 6,8–3,6 l/100 km; CO₂-Emissionen: kombiniert 158–94 g/km. Effizienzklassen: D-A+.

 $^{^1}$ Firmenauto des Jahres 2015, Firmenauto 05/2015, SEAT Leon ST in der Kategorie "Bestes Importfahrzeug, Kompaktklasse".

² Der SEAT Leon ST Reference 1.6 TDI, 81 kW (110 PS), Start&Stop, auf Grundlage der unverbindlichen Preisempfehlung von 19.394,96 € + Sonderausstattung 920,17 €, zzgl. Überführungskosten und MwSt.: 201,00 € monatl. Finanz-Leasingrate bei 36 Monaten Laufzeit und jährlicher Laufleistung von 20.000 km. 0 € Sonderzahlung. Ein Angebot der SEAT Leasing, Zweigniederlassung der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorner Straße 57, 38112 Braunschweig. Dieses Angebot ist nur für gewerbliche Kunden mit Großkundenvertrag und nur vom 01.01. bis zum 30.06.2016 gültig. Bei allen teilnehmenden SEAT Partnern in Verbindung mit einem neuen Leasingvertrag bei der SEAT Leasing, Bonität vorausgesetzt. Das abgebildete Fahrzeug enthält Sonderausstattung gegen Mehrpreis.

 $^{^{\}rm 3}$ Optional ab Ausstattungsvariante Style.

2016 - Schaffen wir das?

Für mich ist die Zeit zwischen den Jahren immer die schönste. Das Email-Postfach läuft nicht über, die Familie verbringt viele Stunden zusammen, man findet Zeit zum Bilanzziehen. So lässt sich Kraft für neue Herausforderungen finden, die leider oftmals die alten sind. Die Neugestaltung der Erbschaftsteuer steht weiterhin im Feuer, die Energiewende gerät immer teurer und die anhaltende Niedrigzinsphase bedroht die private Vorsorge. Und über allem schwebt die Frage: Wie können wir Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit und unseren Mittelstand stärken?

Doch derzeit scheinen diese Herausforderungen niemanden mehr zu interessieren. Seit der Silvesternacht gibt es "nur" noch eine Herausforderung – die Flüchtlingskrise. Die Vorkommnisse in Köln haben die Republik in Aufruhr versetzt. Durchaus zu Recht, denn die Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung ist die Grundlage, auf der alles andere aufbaut. Ich bin sicher: Wenn wir die Flüchtlingskrise nicht in den Griff bekommen, werden die oben aufgeführten Fragen nicht einmal mehr am Rande thematisiert.

In den letzten Wochen habe ich hier und da Kritik gehört, warum sich ausgerechnet die MIT mit dem Flüchtlingsproblem beschäftigen müsse. Es sei vielmehr unsere Aufgabe, die wirtschaftspolitischen Debatten anzustoßen. Ja, das ist richtig und das werden wir auch 2016 tun! Doch genauso sehe ich uns in der Pflicht, dass wir uns in die Flüchtlingsdebatte einmischen. Denn der Mittelstand braucht einen funktionierenden Rechtsstaat. Wenn der Staat nur noch beim Eintreiben von Steuereinnahmen und beim Verteilen von Knöllchen funktioniert, aber die staatliche Ordnung nicht mehr garantieren kann,

hat auch der Mittelstand in Deutschland keine Zukunft.

Deshalb werde ich auch in 2016 nicht müde, mich weiter zum Flüchtlingsthema zu äußern.

Die Zeit

 $\begin{array}{ll} d\ r\ \ddot{a}\ n\ g\ t\ . \\ Denn\ wer \end{array} \text{ } \text{ \begin{tabular}{ll} \textbf{Dr. Carsten Linnemann} ist Bundestagsabgeordneter und Bundesvorbenn wer \\ \end{array}} \\ \begin{array}{ll} \textbf{Dr. Carsten Linnemann} \ \text{ist Bundestagsabgeordneter und Bundesvorbenn wer} \\ \end{array}$

immer noch glaubt, dass andere in Europa für uns das Problem lösen werden, der irrt. Die Außengrenzen waren nie durchlässiger als heute, von einer europäischen Kontingentlösung sind wir weit entfernt. Ich weiß nicht, wie Europa aus dieser Denkpause, die immer mehr zu einer Pause vom Denken mutiert, herauskommen soll.

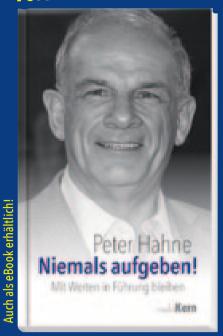
Was wir jetzt aber brauchen, sind vorübergehend nationale Maßnahmen im Sinne einer effektiven Grenzsicherung. Schweden und Dänemark zeigen, wie es geht. Die Herkunftsländer brauchen genau dieses Signal auch aus Deutschland. Und natürlich auch Europa! Vielleicht wacht es dann auf und findet zu einer wirkungsvollen gemeinsamen Politik zurück

Herzlichst

lustu line

Ihr Carsten Linnemann

Jetzt lesen, verschenken, verteilen



Nr. 5.121.005 · 160 Seiten 🧲 9,95

Seit über 30 Wochen

SPIEGEL
Bestseller

Wichtig nicht nur für Führungskräfte!

Brisant und topaktuell angesichts der

Flüchtlingsströme:

Welche Werte sind unaufgebbar?
Wird das Grundgesetz verraten?
Greift der Islam nach Deutschland?
Wo ist die Toleranzgrenze?
Ist Politik-Scheitern eine Schande?
Was glauben Christen?
Was lehrt unsere Geschichte?

Das heimliche Thema: Gehört das Christentum noch zu Deutschland?



4 ► INHALT







+ Letzte Meldung + Letzte Meldung +

Und sie nannten sie Angela

Wenige Tage vor ihrer Niederkunft landete Mutter Reem Abdeljwad mit ihrer kleinen syrischen Familie nach abenteuerlicher Flucht in der Erstaufnahmeeinrichtung in Neumünster (Schleswig-Holstein), wo das dritte Kind zur Welt kam. Ein Schwesterchen, über das sich auch Tochter Salwa (9), Bruder Hassan (8) und Vater Yamen freuten.

Aus Dankbarkeit nannten sie ihre Jüngste, und nur deswegen sei dies hier ver-

meldet, denn üblicherweise drucken wir im Mittelstands-Magazin keine Geburtsanzeigen, ANGELA!



POLITIK

R EDITORIAL

MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann schreibt zur aktuellen politischen Lage

6 Aus anderer Sicht

Unser Kolumnist Hugo Müller-Vogg prophezeit der FDP schwierige Zeiten

Ins Offene

Rezension einer politischen Streitschrift zur Flüchtlingspolitik in Deutschland

13 CDU-Parteitag in Karlsruhe

Die Zahl der Flüchtlinge wirksam zu reduzieren und den Zuzug zu verringern, beschloss die Union mit Unterstützung von Kanzlerin Angela Merkel

UNTERNEHMEN

- **14 Automatenwirtschaft**Ausbildungsplätze mit Zukunft
- 18 Pro & Contra TTIP
- 20 Mittelstand gegen Rekommunalisierung öffentlicher Einrichtungen

SERVICE

- 22 Arbeitsrecht
- 23 Aktuelle Urteile
- 24 AUTO-Fahrbericht: Mazda CX-5
- 25 Unsere Bücherseite

MIT-/ MU-INSIDE

- 10 Der neue MIT-Bundesvorstand
- 15 Soziologische Daten zu den Miitgliedern der MIT
- 26 MU-Inside
- 28 Neu in der MIT
- 29 Einweihung der neuen MIT-Bundesgeschäftsstelle
- 30 Bundesmittelstandstag 2015
- 33 Neues aus der Bundesgeschäftsstelle
- 34 Auf den Punkt gebracht Kolumne von Magazin-Chefredakteur Günter F. Kohl

Eine syrische Flüchtlingsfamilie nannte ihre in Neumünster (SH) geborene Tochter "Angela", als Dankes-Geste gegenüber Bundeskanzlerin Angela Merkel (Foto: Kohl)



Kraftstoffverbrauch (in l/100 km nach VO (EG) 715/2007 und VO (EG) 692/2008 in der jeweils geltenden Fassung): Ford Kuga Trend, Allradantrieb, 2,0-l-TDCi-Motor, 110 kW (150 PS), 6-Gang-Schaltgetriebe: 6,0 (innerorts), 4,7 (außerorts), 5,2 (kombiniert). CO_2 -Emissionen: 135 g/km (kombiniert). Ford Allrad-Flotte: 7,4–4,8 (kombiniert). CO_2 -Emissionen: 171–124 g/km (kombiniert).

Eine Idee weiter

¹Ford Lease ist ein Angebot der ALD AutoLeasing D GmbH, Nedderfeld 95, 22529 Hamburg, für Gewerbekunden (ausgeschlossen sind Großkunden mit Ford Rahmenabkommen sowie gewerbliche Sonderabnehmer wie z. B. Taxi, Fahrschulen, Behörden). Eingeschlossen sind Wartungs- und Inspektionsarbeiten sowie anfallende Verschleißreparaturen in vereinbartem Umfang und die Kosten für HU/AU. Die HU wird von einer staatl. anerkannten Prüforganisation (z. B. TÜV, DEKRA, KÜS, GTÜ) durchgeführt. Details und Ausschlüsse zu allen Services entnehmen Sie bitte unserer ausführlichen Produktbeschreibung. Diese erhalten Sie bei allen teilnehmenden Ford Partnern. Angebot gilt bei Vertragsabschluss bis 31.03.2016. ² Z. B. der Ford Kuga Trend, Allradantrieb, 2,0-l-TDCi-Motor, 110 kW (150 PS), 6-Gang-Schaltgetriebe, inklusive Metallic-Lackierung, ohne Leasing-Sonderzahlung, bei 36 Monaten Laufzeit und 45.000 km Gesamtlaufleistung. Leasingrate auf Basis einer UPE von € 26.096,64 netto (€ 31.055,- brutto), zzgl. Überführungskosten.

Das Wahljahr 2016 ist für die FDP ganz wichtig – und ganz schwierig

Von Hugo Müller-Vogg

Die CDU/CSU hat in der Wirtschafts-, Ordnungs-, Finanz- und Steuerpolitik mit der FDP mehr Übereinstimmungen als mit jeder anderen Partei. Das galt schon 1949, das gilt auch 2016. Hätte es 2013 abermals für Schwarz-Gelb gereicht, gäbe es heute keinen gesetzlichen Mindestlohn, keine dirigistische Mietpreisbreme, keine den Fachkräftemangel befördernde Rente mit 63 und keine in die Eigentumsrechte eingreifende Frauenquote. Wenn also eine Partei größtes Interesse an einer Wiederauferstehung der FDP haben muss, dann die Union.

Keine Neuauflage Schwarz-Gelb

Bei den fünf Landtagswahlen in diesem Jahr sieht es für die Freien Demokraten jedoch nicht allzu gut aus. In normalen Zeiten würden von der GroKo enttäuschte Wähler die FDP deutlich stärken. Aber wir leben nicht in normalen, ruhigen Zeiten. Die ungesteuerte Zuwanderung und die reale Terrorgefahr treiben die Menschen um. Wer es "denen in Berlin" einmal zeigen will, wird sein Kreuz deshalb eher bei der rechtspopulistischen AfD als bei der FDP machen. Am 13. März dürften die Liberalen in ihrem Stammland Baden-Württemberg im Landtag bleiben. In Rheinland-Pfalz ist alles offen, in Sachsen-Anhalt werden sie wohl scheitern. Im September wird die FDP es in Mecklenburg-Vorpommern wie in Berlin sehr schwer haben, über fünf Prozent zu kommen.

Selbst wenn die FDP es in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz schafft, bedeutet das keineswegs eine Neuauflage von Schwarz-Gelb. Da die AfD sehr stark abschneiden dürfte, wird es in Stuttgart wie in Mainz für Grün-Rot beziehungsweise Rot-Grün nicht mehr reichen – aber ebenso wenig für Schwarz-Gelb. Da die CDU – aus guten Gründen – jedwede Koalition oder Kooperation mit den Rechtspopulisten ausschließt, kann es in beiden Ländern zu Großen Koalitionen oder zu Schwarz-Grün kommen.

Steigbügelhalter für Rot-Grün?

Es ist auch nicht auszuschließen, dass SPD und Grüne in Baden-Württemberg die FDP in eine



Dr. Hugo Müller-Vogg, Publizist und Autor zahlreicher Gesprächsbiografien, u. a. mit Angela Merkel und Horst Köhler. Neuestes Buch: "Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient". Häufiger Gast von Talk-Runden. Von 1988 bis 2001 Mitherausgeber der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung". www.hugo-mueller-vogg.de. Auf Twitter folgen: @HugoMuellerVogg

"Ampel"-Koalition zu locken versuchen. Kategorisch ausgeschlossen haben die Freien Demokraten dies bisher nicht. Erliegen die Liberalen also der Verlockung einer Regierungsbeteiligung im "Ländle", sorgten sie für eine Fortsetzung der von ihr selbst heftig kritisierten grünroten Politik. Denn als kleinster der drei Koalitionspartner kann die FDP den Kurs nicht wesentlich verändern. Das wäre aber ein verheerendes Signal für die Bundestagswahl 2017. Die FDP als Steigbügelhalter für Rot-Grün - das böte den 2013 von den Liberalen enttäuschten bürgerlichen Wählern keinen Anreiz, zur FDP zurückzukehren. Welcher Wähler wünscht sich schon eine Regierung mit einem Kanzler Sigmar Gabriel, einem Außenminister Jürgen Trittin und einem Wirtschaftsminister Christian Lindner?

Ob die FDP noch zu retten ist, wird sich zwar endgültig erst bei der Bundestagswahl 2017 entscheiden. Ein Scheitern bei drei oder vier Landtagswahlen in diesem Jahr würde den Wahlkampf der Freien Demokraten im nächsten Jahr aber belasten – und eine "Ampel" in Stuttgart noch mehr. Gut möglich, dass das Wahljahr 2016 für die CDU grotesk endet: Mit der Rückeroberung der Staatskanzleien in Stuttgart und Mainz – und dem absehbaren Verlust ihres einstigen "Wunschpartners" FDP.



UNSER UN-OUTSOURCER-ANGEBOT: RUN-ON-SATISFACTION FÜR DYNAMISCHE SAP-LÖSUNGEN

Keine Vertragsbindung nach erfolgter Migration. **Mehr Infos unter t-systems.de/un-outsourcer**

T · · Systems ·

"Ins Offene" – ein Debattenbeitrag Deutschland, Europa und die Flüchtlinge

Jeder Journalist kennt die Berufsweisheit, nach der (für ihn) nichts älter ist als die Zeitung von heute. Im Zeitalter der Digitalisierung gilt dies für Nachrichten aller Art und Medien. Vor allem für politische, denn der Konrad Adenauer zwar zugeschriebene, aber wohl nie von ihm so formulierte Satz "Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?" war noch nie so wertvoll wie heute. Die Halbwertzeit politischer Zu- und Absagen, Bestätigungen und Dementis sowie von Zurückweisungen (mit Abscheu und Empörung) und (entsprechend kleinlauten) Eingeständnissen ist frappierend. Wie sollen in einer solchen schnelllebigen Zeit noch Bücher nachrichtentechnisch konkurrenzfähig bleiben? Schwierig - aber Jens Spahn hat es versucht und auch mit Blick auf den CDU-Parteitag Mitte Dezember 2015 in Karlsruhe ein paar Mitautoren zusammengetrommelt, und einen "politischen Brandsatz" (Wolfram Weimer) in die Debatte um die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin geschleudert.

Kaffeesatzleser und andere Auguren

Nun, mittlerweile wissen wir, wie es ausging. Der Brandsatz hat nicht gezündet, die Kanzlerin musste ihn nicht einmal auspusten, sondern er ist schlicht verpufft. Die Palastrevolte gegen die Wir-schaffen-das-Politik, die einige Medien prophezeit hatten, fand nicht statt. Angela Merkel hielt eine überzeugende Rede mit einigen semantischen Volten und erntete mit neun Minuten den drittlängsten Beifall ihrer bisher 15 Parteitage.

Allerdings: Der Parteitag beschloss, die Zahl der Flüchtlinge wirksam zu reduzieren und den Zuzug zu verringern. Weitgehend unbeachtet von der medialen Öffentlichkeit hatte Merkel bereits beim JU-Deutschlandtag im Oktober bekannt: "Der Ansatz für Multikulti ist gescheitert, absolut gescheitert!" Migranten müsse man nicht nur fördern, sondern auch fordern. Letzteres sei in der Vergangenheit zu kurz gekommen.

Jens Spahn (Hg.) Ins Offene Deutschland, Europa und die Flüchtlinge Die Debatte HERRITA Ins Offene

Herausgeber Jens Spahn Geb., ca. 200 S., 19,99 Euro ISBN 978-3-451-34997-3 Herder Verlag

Jedoch dürfte die Skepsis der Buchautoren, unter denen sich neben dem Herausgeber 21 Politiker, Diplomaten, Journalisten, Unternehmer und Wissenschaftler befinden, gegenüber der Flüchtlingspolitik der Kanzlerin und der Koalition noch längst nicht ausgeräumt sein. Deswegen sind Wert und Wichtigkeit dieses Buches über den Tag hinaus nach wie vor groß und zukunftsweisend, denn die Beiträge erschöpfen sich nicht in der Kritik an Merkels Politik, sondern sie zeigen Wege auf und bieten Lösungsansätze, die die auch in 2016 andauernde Diskussion befruchten können.

So fordert Paul Ziemiak, der Vorsitzende der Jungen Union, der als Dreijähriger mit seinen Eltern vor dem osteuropäischen Sozialismus nach Deutschland floh, dass wir die Integrationsversäumnisse der Vergangenheit nicht wiederholen. MIT-Chef Carsten Linnemann warnt vor dem Entstehen von Parallelgesellschaften: "Kein Land der Welt ist in der Lage, auf Dauer einen Zustrom von Menschen zu verkraften, die die Landessprache nicht sprechen und einen völlig anderen sozio-kulturellen Hintergrund haben."

Markus Söder, bayerischer Finanzminister, mahnt, "Intoleranz gegenüber unseren Werten, Gesetzen, Regeln und Sitten nicht zu akzeptieren" und fährt fort: "Wir müssen unmissverständlich klarmachen, dass wir Respekt vor unserer Lebensweise erwarten, denn wir wollen unseren Kindern und Enkeln eines lebens- und liebenswerte Heimat hinterlassen und nicht ein anderes Deutschland." Günter F. Kohl



Jens Spahn (35), MdB und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, ist Herausgeber des Buches "Ins Offene", das er als Debattenbeitrag versteht



Der neue Bundesvorstand der MIT

Auf der Bundesdelegiertentagung im November 2015 in Dresden wurde der MIT-Bundesvorstand für die beiden kommenden Jahre gewählt. Im MIT-Bundesvorstand engagieren sich Unternehmer, Führungskräfte aus der Wirtschaft und Politiker aus ganz Deutschland. Gemeinsam beraten sie über strategische und inhaltliche Ausrichtungen der MIT und arbeiten an Lösungen, um die Rahmenbedingungen für Familienunternehmen und die mittelständische Wirtschaft zu verbessern. In der ersten regulären Sitzung in Berlin wurden Aufgaben- und Themengebiete personell besetzt und jeweils ein Fachsprecher berufen. Eine Übersicht:

Bundesvorsitzender



Dr. Carsten Linnemann LV NRW

Ehrenvorsitzende



Prof. Dr. h. c. Hansjürgen Doss LV Rheinland-Pfalz



Elmar Pieroth LV Berlin



Peter Rauen LV Rheinland-Pfalz

Stelly, Bundesvorsitzende



Dieter Bischoff (Fachsprecher Energiepolitik) LV NRW



Dr. Rolf Koschorrek (Fachsprecher Gesundheit) LV Schleswig-Holstein



Patricia Lips MdB LV Hessen



Dr. h. c. Hans Michelbach MdB MU Bayern

(PKM)



Dorin Müthel-Brenncke (Fachsprech. Handwerk) LV Mecklenburg-Vor-



Jürgen Presser (Fachsprecher Außen/Sicherheit) LV Saarland

Bundesschatzmeister



Hermann Hesse LV Niedersachsen

Vertreter des Parlamentskreis Mittelstand



Christian Frhr. von Stetten MdB (qua Satzung)

Hauptgeschäftsführer



(qua Satzung)

Besitzer im Präsidium



Bernhard Kösslinger MU Bayern



Wolfgang Leyendecker LV NRW



Werner Lübbe LV Niedersachsen

Gastmitglieder im Präsidium



Thomas Lemke MU Bayern



Jens Spahn MdB LV NRW

Beisitzer im Bundesvorstand



Gerald Aßmann LV Niedersachsen



Henning Aretz LV NRW



Rolf Buttkus LV Baden-Württemberg



Michael Darda LV NRW



Marie-Luise Dött MdB (Fachsprecherin Unternehmerinnen) LV NRW



Heinz-Josef Drießen LV NRW



Heiko Eibenstein LV Niedersachsen



Peter-Friedrich Erl MU Bayern



Norbert Eyck LV Berlin



Dr. Albrecht Geier LV Baden-Württemberg



Peter Götz MU Bayern



Dr. Matthias Heider MdB (Fachsprecher Wirtschaft) LV NRW



Johannes Kraft LV Berlin



Jochen Leinert LV Bremen



Michael Littig (Fach-sprecher Soziales) LV Rheinland-Pfalz



Peter Luths LV Niedersachsen



Thomas Melchert LV Schleswig-Holstein



Jörg Meurer LV Rheinland-Pfalz



Norbert Müller LV Sachsen



David Novak LV Niedersachsen



Helmut Nowak MdB LV NRW



Steffen Peschke LV Thüringen



Dr. Harald Pohlmann LV NRW



Sybille Reimschlüssel LV Brandenburg



Margarete Reiser LV Baden-Württemberg



Günter Reisner LV Niedersachsen



Marco Reuter LV Hessen



Volker Rode LV Hessen



Thomas Schmatz MU Bayern



Sven Schulze LV Sachsen-Anhalt



Dr. Philipp Steinwärder LV Hamburg



LV Baden-Württemberg



Kooptiertes Mitglied des Bundesvorstands



Dr. Thomas Geppert MU Bayern

Ständige Gäste des Bundesvorstands



Thomas Bareiß MdB



Steffen Bilger MdB (Fachsprecher Verkehr)



Dr. Philipp Birkenmaier



Gitta Connemann MdB (Fachsprecherin Landwirtschaft/Verbraucherschutz)



Markus Ferber MdEP (Fachsprecher Europa)



Jörg Hamel (Fachsprecher Handel)



Gereon Haumann (Fachsprecher Tourismus)



Thomas Jarzombek MdB (Fachsprecher Digitales/ Startup)



Matthias Klein (Fachsprecher Welthandel)



Günter F. Kohl



Dr. Thomas Köster (Fachsprecher Grundsatzprogramm)



Dr. Günter Krings MdB



Oswald Metzger



Dr. Mathias Middelberg MdB (Fachsprecher Steuern)



Mike Mohring MdL



Hildegard Müller



Dr. Markus Pieper MdEP (Fachsprecher Europa)



Hartmut Schauerte



Jana Schimke MdB (Fachsprecher Arbeit)



Karl-Sebastian Schulte



Stephan Werhahn (Fachsprecher Ordnungspolitik)

MIT bei der CDU in Karlsruhe

Mit frischer Optik präsentierte sich die MIT-Bundesgeschäftsstelle auf dem 28. Parteitag der CDU Deutschlands, der Mitte Dezember 2015 in Karlsruhe stattfand. Der Stand selbst wurde mit einem Kicker und einer Ladestation für mobile Geräte zum beliebten Treffpunkt für Delegierte und Gäste.

Deutlich zu hören war die Stimme der MIT über die Grenzen des Plenarsaals hinaus: MIT-Chef Carsten



MIT-Stand auf dem CDU-Parteitag in Karlsruhe



Rede des Bundesvorsitzenden Dr. Carsten Linnemann, MdB, vor den 1.001 Delegierten des CDU-Parteitags



CDU/CSU-Fraktionsvize und Bundesminister a.D. Dr. Franz Josef Jung, MdB (2.v.l.), am MIT-Stand in Karlsruhe mit Marcia Jankwitz, Juliane Weigel, Jana Behrens und Thorsten Alsleben

Linnemann war ein vielgefragter Gesprächspartner für Fernsehinterviews, Radio- und Zeitungsjournalisten. Unter www.mit-bund.de/termine/mit-auf-dem-cdu-parteitag-karlsruhe finden Sie neben Namensartikeln und Interviews die Rede von Carsten Linnemann, Fotogalerien sowie alles Weitere rund um die MIT-Initiativen auf dem CDU-Bundesparteitag.



Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert, MdB (3.v.l.) im Gespräch mit (v.l.) dem MIT-Fachsprecher für Europa, Dr. Markus Pieper, MdEP, Bundesschatzmeister Hermann Hesse und Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben



Junge Union und MIT: JU-Chef Paul Ziemiak und MIT-Vorsitzender Dr. Carsten Linnemann am MIT-Kicker



Der Landtagspräsident von Baden-Württemberg, Wilfried Klenk, MdL (3.v.l.), im Gespräch mit (v.l.) Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben, dem stellvertretenden MIT-Bundesvorsitzenden Jürgen Presser und MIT-Fachsprecher für Verkehr, Steffen Bilger, MdB

14 ADVERTORIAL AUTOMATENWIRTSCHAFT



1.000 junge Leute fanden bisher einen Ausbildungsplatz in der Automatenbranche

Automaten begegnen uns heute überall: In der Arbeitspause ziehen wir uns ein Erfrischungsgetränk aus dem Getränkeautomaten, am Nachmittag heben wir am EC-Automaten Bares ab, und nach Feierabend treffen wir uns mit Freunden und ziehen Blumen am Automaten.

Keine Frage: Automaten liegen im Trend. Dabei wirken ihre Leistungen und Dienste zumeist unscheinbar und selbstverständlich. Doch in den Geräten steckt modernste Technik, sekundiert von effizienter Logistik und gutem Service. Was jedoch die wenigsten wissen: Eine spezifische Fachausbildung liefert das benö-

tigte Know-how für alle Automatenarten, damit sich Deutschlands Verbraucher rund um die Uhr auf die bundesweit knapp zwei Millionen Geräte aller Art verlassen können (u.a. 868.000 Warenautomaten, 260.000 Spielautomaten, 780.000 Kleingeräte).

Ein Beruf – zwei Spezialisierungen

Die Automatenbranche stellt mit über 6.200 mittelständischen Unternehmen in den Bereichen Industrie, Großhandel und Automatenaufstellung eine starke Wirtschaftskraft dar, die rund 110.000 Mitarbeiter beschäftigt. Außergewöhnlich dabei: In der Unterhaltungssparte der Branche arbeiten zu 75 Prozent Frauen.

Die Branche erwirtschaftet etwa 5,6 Milliarden Euro im Jahr, die Hälfte davon wird an Geldspielautomaten umgesetzt. Kein Wunder also, dass hierzu ein eigener Ausbildungsberuf geschaffen wurde.

Dieses Berufsbild des Automatenfachmanns/ der Automatenfachfrau gehört seit 2008 zu den staatlich anerkannten Berufsausbildungen mit IHK-Abschluss und wurde jüngst modernisiert. Ob mit Technikschwerpunkt oder mit einem Fokus auf Dienstleistungen (wie kaufmännische Prozesse oder Kundenservice), die Ausbildung weckt sowohl das Interesse von Jugendlichen, die im Großhandel ihre Zukunft sehen als auch von solchen, die sich eher für IT oder Mechatronik interessieren. Diejenigen, die lieber im Schichtbetrieb und mit Menschen arbeiten, werden im Bereich Kundenservice glücklich. Wer wiederum gerne im Außeneinsatz ist, wird sich eher um die technischen Belange seiner Kunden kümmern.

Für jeden ist also etwas dabei: So konnte 2014 der 1000. Azubi seine berufliche Karriere in der Automatenbranche starten. Fragt man in die Automatenbetriebe hinein, könnten es gerne mehr sein.

Zum sozialen Auftrag verpflichtet

Aus spezifischen Gründen ist der Ausbildungsstart meistens erst ab 18 Jahren möglich: Automatentechniker sind oft unterwegs und benötigen daher den Führerschein. In der Glücksspielbranche wiederum ist der Zutritt von Spielhallen erst ab 18 erlaubt. Die Suche nach passenden Azubis ist deshalb umständlicher als in anderen Wirtschaftszweigen.

Aus dieser Not hat aber die Automatenwirtschaft eine Tugend gemacht: So werden oft aus schulschwächeren Jugendlichen starke Azubis. Diese können sich über eine international relevante Ausbildung mit Weiterbildungsmöglichkeiten freuen, in einer Branche, die immer weiter boomt und durch Technik zur wichtigen Säule unserer mobilen Gesellschaft geworden ist.

Info: www.automatenberufe.de

Umfangreiche Analyse der MIT-Mitglieder Gebildet und leistungsorientiert

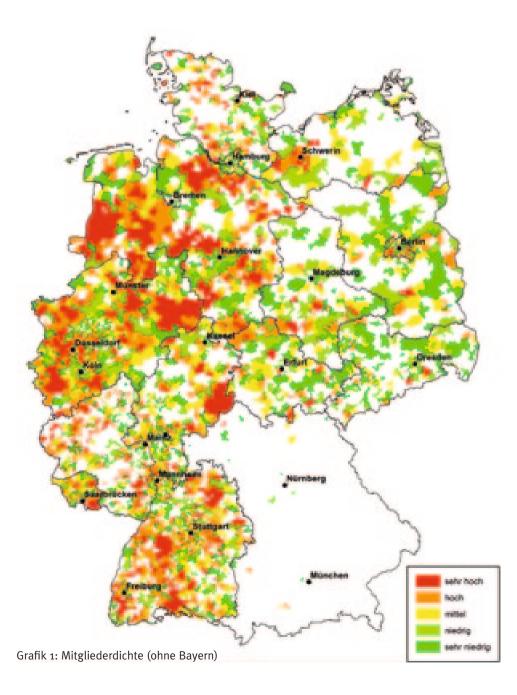
Die MIT ist der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. Doch wer sind ihre Mitglieder und was ist ihnen wichtig?

Die Deutsche Post hat im Auftrag der MIT eine Profilanalyse der MIT-Mitglieder (ohne die Mitglieder der bayerischen Mittelstands-Union) erstellt und dabei Erstaunliches zu Tage gefördert. Selbst die zuständigen Mitarbeiter der Deutschen Post zeigten sich überrascht: "In meiner langjährigen Tätigkeit habe ich noch nie eine so homogene und wohlhabende Gruppe vorgefunden wie die MIT", sagte Sigrid Andler vom Adressmanagement Post Direkt.

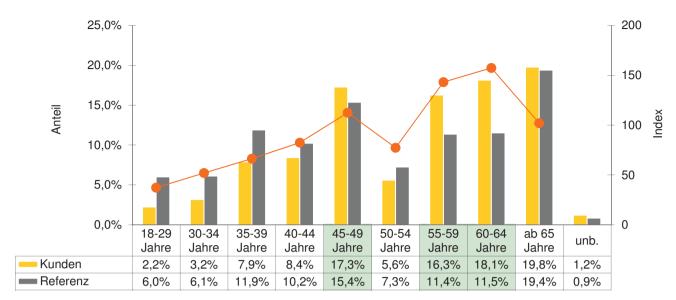
Das durchschnittliche MIT-Mitglied

Die Profilierung zeigt, wie der Mitgliederbestand im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (Referenz) aufgebaut ist und wo die wesentlichen Unterschiede liegen. Der Bundesdurchschnitt bildet die Bevölkerungsstruktur nach Mikrozensus (Alter, Geschlecht, Bundesländer) ab. Betrachtet man das Verhältnis der Mitgliederzahl im Vergleich zu allen Haushalten in den Postleitzahlen, wird deutlich, dass die Mitgliederdichte besonders hoch in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, südlich von Hamburg, in der Region Fulda und in Baden-Württemberg ist (s. Grafik 1). Das Ergebnis der Profilierung ergab folgendes Ergebnis: Das typische MIT-Mitglied ist männlich, zwischen 55 und

65 Jahren alt, verfügt über einen akademischen Bildungsgrad, lebt als Eigentümer in einem Einbis Zweifamilienhaus, das häufig auch als Firmensitz dient, wohnt in einer mittelgroßen Gemeinde, fährt einen Oberklasse-PKW, ist modebewusst und leistungsorientiert. Diese grobe Analyse muss im Vergleich zum Bundesdurchschnitt betrachtet werden.



16 ► STRUKTURANALYSE



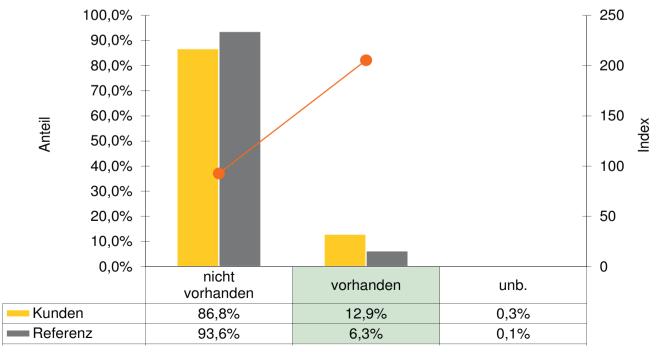
Grafik 2: Altersstruktur

Merkmale typischer MIT-Mitglieder

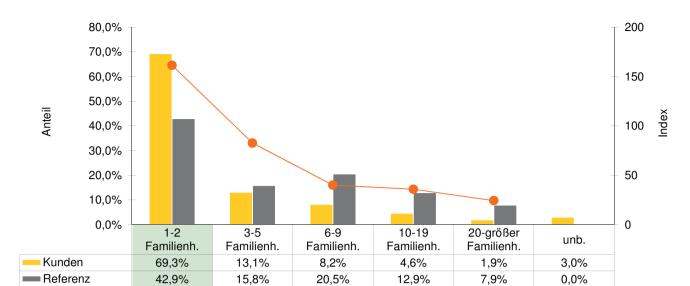
In der MIT engagieren sich überwiegend Männer. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt von 49 % sind Männer in der MIT mit 87,6 % überdurchschnittlich vertreten. Zur besseren Veranschaulichung sind die Bereiche, in denen MIT-Mitglieder überrepräsentiert sind, grün markiert.

Auch in der Altersstruktur gibt es starke Abweichungen vom Referenzwert: Lediglich 2,2 % der MIT-Mitglieder sind unter 30 (Bundesdurchschnitt: 6 %), während die 45-49-jährigen mit einem Anteil von 17,3 % genauso über dem Bundesdurchschnitt von 15,4 % liegen wie die 55-59-jährigen (16,3 % zu 11,4 %) und die 60-64-jährigen (18,1 % zu 11,5 %), s. Grafik 2.

Der Anteil an Personen mit einem hohen Bildungsgrad ist unter MIT-Mitgliedern ausgesprochen hoch (s. Grafik 3). Die Quote an Personen mit akademischen Titeln ist unter MIT-Mitgliedern mehr als doppelt so hoch wie im Bevölkerungsschnitt (12,9 % im Vergleich zu 6,3 % des Bundesdurchschnitts). Bei der Wohnsituation traten bei der Analyse ebenfalls große Unter-



Grafik 3: Anteil der Personen mit akademischem Titel



Grafik 4: Gebäudegröße

schiede auf. Der weitaus größere Teil der MIT-Mitglieder (69,3 %) wohnt in Ein- bis Zweifamilienhäusern – im Gegensatz zu 42,9 % der Gesamtbevölkerung (s. Grafik 4). Je größer Wohneinheiten sind, desto mehr sinkt der Anteil der MIT-Mitglieder, die dort wohnen. In Korrelation dazu ist die Eigentumsquote mit 60,2 % im Vergleich zum Bundesdurchschnitt fast doppelt so hoch.

Soziale Milieus

In der Untersuchung wurde zudem die Zugehörigkeit zu sozialen Milieus (microm Geo Milieus®, MGM®) analysiert. Das Zielgruppenmodell der MGM® zur mikrogeografischen Marktsegmentierung berücksichtigt neben der sozialen Lage auch grundlegende Wertorientierungen, ästhetische Präferenzen sowie Einstellungen zu Alltag, Arbeit, Freizeit und Familie. MIT-Mitglieder sind überdurchschnittlich im konservativ etablierten Milieu (18,1 %) vertreten sowie im Milieu der Performer (12,3 %), im liberal-intellektuellen Milieu (12,6 %) und - überraschend - im sozial-ökologischen Milieu (9,4 %). Angehörige des konservativ etablierten Milieus haben eine große Affinität zu Leistung und Erfolg, Eigenverantwortung und Verantwortung gegenüber der Gesellschaft sowie Bildung und Zielstrebigkeit. Performer legen Wert auf Leistung und Freiheit, Effizienz und Selbstbestimmung sowie Risiko und technischen Fortschritt. Angehörige des liberal-intellektuellen Milieus haben eine große Affinität zu Weltoffenheit und Toleranz, sozialer Verantwortung und nachhaltigem Konsum sowie Leistung und Selbstverwirklichung. Im sozial-ökologischen Milieu wird Wert auf Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit, Toleranz und Solidarität sowie soziale Verantwortung und Freiheit gelegt.

Die Untersuchung macht deutlich, dass bei MIT-Mitgliedern die Leistungs- und Werteorientierung stark ausgeprägt ist. MIT-Mitglieder sind vergleichsweise wohlhabend und gehören überwiegend zur oberen Mittelschicht und zur Oberschicht. Zielstrebigkeit verknüpft mit Eigenverantwortung und einem gesunden Maß an Risikobereitschaft sind Merkmale der MIT-Mitglieder, die Garanten für ihren eigenen und den gesamtwirtschaftlichen Erfolg sind.

Leserbriefe

Zu: MIT-Magazin 12/2015 "Mit der Union wird es keine Steuererhöhungen geben"

So schreibt MdB Eckhard Rehberg. Aufgrund der bisherigen Artikel und Meinungen wollte die MIT für die endgültige Abschaffung des Soli eintreten, wie bereits Altkanzler Kohl versprochen hatte. Davon war in dem Interview keine Frage und keine Antwort mehr.

Auch wollte die CDU für die wieder volle Absetzbarkeit der Steuerberatungskosten eintreten (von der SPD durch Steinbrück eingeschränkt). Auch davon ist keine Rede mehr, trotz des immer komplizierter werdenden Steuerrechts.

Bisherige Versprechungen sollten von den Abgeordneten beachtet und eingehalten werden. Mir klingen noch die Versprechen von Ludwig Erhard als Wirtschaftsminister in den Ohren, der schon damals für Steuervereinfachung eintrat – stattdessen ist es immer komplizierter geworden.

Dipl.-Kaufmann J. Waldenmaier Steuerberater, St. Leon

Die Redaktion freut sich über jede Zuschrift, behält sich aber verständlicherweise Kürzungen vor. Dass es sich bei Leserbriefen um Meinungsäußerungen der jeweiligen Verfasser handelt und diese nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wiedergeben, versteht sich am Rande.

PRO: "Für die Mutigen eine Chance"

Bereits seit mehr als 200 Jahren ist es eine wissenschaftlich gesicherte Erkenntnis, dass Freihandel zu nachhaltig besseren ökonomischen Ergebnissen führt als Protektionismus.

Wesentliche Vorteile des Freihandels sind:

- → erhöhte Effizienz (Zölle führen zu Produktions- und Konsumverzerrungen und somit zu Wohlfahrtsverlusten),
- → schnelleres Erreichen von optimalen Betriebsgrößen durch internationalen Wettbewerb und
- → durch den Wettbewerb beschleunigte Innovationen.

Eines der am häufigsten in der aktuellen Diskussion geäußerten Argumente gegen das Transatlantische Handels- und Investitions-



Matthias Klein (51) ist Head of Corporate Center der Thomas Lloyd Group mit Hauptsitz in Zürich. Im Bundesvorstand der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU arbeitet er seit 2009 als Gast mit

abkommen ist, dass von diesem Abkommen nur die Großindustrie profitiere. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass das genaue Gegenteil der Fall ist. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie die Verbraucher werden von TTIP profitieren – und zwar von einem umfassenden Abkommen deutlich mehr als von einem Abkommen, in dem nur Zollsenkungen vereinbart werden. Nichttarifäre Handelshemmnisse stellen im transatlantischen Handel die größten Hindernisse dar (viel stärker als Einfuhrzölle), und sie bergen somit auch das größte Potenzial für Kostenreduzierungen, die sowohl Unternehmen als auch Verbrauchern zu Gute kommen.

Gerade für den Mittelstand ergeben sich durch das Abkommen große zusätzliche Chancen. Denn: Großkonzerne verfügen über Ressourcen, um mit nicht-tarifären Handelshemmnissen umzugehen. Aber nicht jeder Mittelständler kann sich eine juristische und/oder technische Grundsatzabteilung leisten, um den abweichenden Regelungen des Exportlandes zu entsprechen. Deshalb sollten wir von Mythen, Gerüchten und Desinformation um TTIP wegkommen – hin zu Realismus, eindeutigen Fakten und einer klaren, kaufmännischen Risiko-/Chancen-Abwägung.

Victor Hugo hat einmal gesagt: "Die Zukunft hat viele Namen. Für die Schwachen ist sie das Unerreichbare. Für die Furchtsamen ist sie das Unbekannte. Für die Mutigen ist sie die Chance." Er hatte Recht.



TTIP – Gut deutschen

Die Verhandlungen zwischen den USA und der Europäischen Union um das Freihandelsabkommen "TTIP" sind nach elf Runden auf die Zielgerade eingebogen.





für den Mittelstand?

"Verheißungsvoll" seien die bisherigen Ergebnisse, ist es aus Brüssel zu erfahren. In einem Pro und Contra will das "MiMa" beiden Positionen Platz einräumen:



CONTRA: "Plädoyer für volle Transparenz"

Es geht nicht um die Frage, ob wir uns in Zukunft für das transatlantische Chlorhühnchen oder unser vertrautes Antibiotika-Federvieh entscheiden. Jenseits derlei ernährungsphilosophischer Glaubenskämpfe wird jeder wirtschaftlich vernünftig Denkende vielmehr den Abbau von Zöllen und eine vorteilhafte Angleichung von Standards vorbehaltlos unterstützen.

Voraussetzung für den Abschluss eines Abkommens, das nicht weniger als den Wohlstand von 800 Mio. Menschen in den USA und der EU mehren und sichern soll. muss die umfassende Kenntnis der geplanten Vertragsinhalte für die Parlamentarier im Deutschen Bundestag sein. Derzeit jedoch gewährt man unseren Abgeordneten in einer Besenkammer der amerikanischen Botschaft, ohne Mitnahme von Bleistift und Papier, lediglich Einsicht in Teile des Vertragsentwurfs - eine völlig unangemessene Hürde für einen Vertragspartner. Also: Volle Transparenz und umfassende Einsicht in den Vertragsentwurf - als unabdingbare Entscheidungsgrundlage für unsere Parlamentarier!

Exzessives Durchsetzen von Urheberrechten würde den Zugang zu Kultur, Bildung und Wirtschaft im Vertragsraum erheblich behindern. Die unterschiedlichen kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklungen, insbesondere unser föderativer Staatsaufbau, müssen mit allen Konsequenzen Berücksichtigung finden.

Über unserer Gesetzgebung darf künftig nicht das Damoklesschwert ungehemmter Schadensersatzforderungen hängen. Politische Entscheidungen können und dürfen auch in Zukunft nicht durch das Investitionsschutzprogamm und private Schiedsgerichtsverfahren beeinträchtigt oder gar unterlaufen werden. Deutschland muss seine demokratische Gerichtsbarkeit durchsetzen - im Zweifel mittels unabhängiger Richter in den Schiedsgerichten.

Erst einmal abgeschlossen, sind die Verträge irreversibel. Daher ist eine für beide Seiten akzeptable Ausstiegsklausel vorzusehen. Warum sollte man durch Erfahrung nicht noch klüger werden?



Thomas M. Schmatz (66) ist Bezirksvorsitzender der MU München, stellvertretender Landesvorsitzender der MU Bayern und Mitglied im Bundesvorstand der MIT



Kommunale Unternehmen drängen private Mittelständler wie Müllentsorger zunehmend aus dem Markt

Strom, Wasser, Müll – immer mehr regionale Dienstleistungen gehen zurück in die Hände der Kommunen. Doch die Argumente der Befürworter widersprechen sich. Statt immer mehr zu verstaatlichen, sollten die Kommunen lieber Anreize für eine effiziente Wettbewerbslösung schaffen, fordert das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) in einer Studie.

In den 1980er und 1990er Jahren hatten zahlreiche Kommunen ihre öffentlichen Dienstleistungen privatisiert und somit ihre Haushalte sanieren können. Denn private Unternehmen erwiesen sich oft als effizienter. Dieser Trend hat sich mittlerweile umgekehrt: Zwischen 2000 und 2012 ist die Zahl der kommunalen Unternehmen in Deutschland um fast ein Viertel gestiegen. Die Umsätze der Unternehmen in kommunaler Hand haben sich im gleichen Zeitraum auf mehr als 278 Milliarden Euro verdoppelt. Städte und Gemeinden treten in vielen Bereichen als Konkurrenten der Privatwirtschaft auf – sei es in der Schifffahrt oder in der Gastronomie, als Reiseveranstalter, Finanzdienstleister, Entsorger oder Gebäudereiniger.

Hauptargument der Befürworter der Rekommunalisierung: Nur die öffentliche Hand kann eine flächendeckende und diskriminierungsfreie Versorgung zu günstigen Preisen gewährleisten. Zudem können die Kommunen mit den Gewinnen, die bei der Wasserversorgung oder der Müllabfuhr anfallen, verlustträchtige Leistungen, wie etwa den öffentlichen Nahverkehr, quer finanzieren. "Doch die Argumente der Befürworter widersprechen sich", kritisiert IW-Mittelstandsexperte Klaus-Heiner Röhl. "Wenn die Kommunen Gewinne abschöpfen wollen, wird dies auf Kosten der Gebührenzahler gehen. Hohe Gewinne und gleichzeitig niedrige Preise, das geht nicht."



Für die wirtschaftlichen Tätigkeiten von Städten und Gemeinden haftet der Steuerzahler

Privilegien einschränken

Die IW-Studie zur Rekommunalisierung zeigt: Weil die Kommunen immer mehr Dienstleistungen verstaatlichen, drängen sie mittelständische Unternehmen, wie Müllentsorger und IT-Dienstleister, aus dem Markt. Statt diesen Prozess voranzutreiben. müsse die öffentliche Hand den fairen Wettbewerb zwischen privaten und kommunalen Unternehmen fördern. Dafür sollte der Gesetzgeber die Privilegien für kommunale Unternehmen bei der Umsatzsteuer einschränken und strengere Rechenschaftspflichten etablieren. Der neue Paragraph zur Kommunalkooperation im Umsatzsteuergesetz, der es öffentlichen Anbietern erlaubt, künftig bundesweit zu agieren, wird den Druck auf private Unternehmen weiter verstärken.

Kommunen die schlechteren Unternehmer

In die gleiche Kerbe schlägt der Bund der Steuerzahler. Auch er sieht in der Tendenz zur Rekommunalisierung eine zunehmende Konkurrenz für die Privatwirtschaft und Belastung für die Bürger. "Viele Kommunalunternehmen arbeiten unrentabel und verdrängen Private vom Markt. Mit Hilfe von Steuergeld werden sie jahrelang künstlich am Leben gehalten, bis sie wirtschaftlich am Ende sind", kritisiert BdSt-Präsident Reiner Holznagel und verweist auf eine hausinterne Studie, des Deutschen Steuerzahlerinstituts.

In der Publikation "Staat vor Privat? Risiken kommunaler Wirtschaftstätigkeit" analysiert das Institut die Probleme, die dieses Engagement der Kommunen mit sich bringt. Neben einer wirtschaftspolitischen Argumentation liefert die Studie aktuelle Fallbeispiele. Hier wird deutlich, dass der Staat selten der bessere Unternehmer ist. Denn für die wirtschaftlichen Tätigkeiten von Städten und Gemeinden haftet der Steuerzahler – vor dem Hintergrund einer ohnehin hohen Verschuldung der Kommunen.

Städte und Gemeinden sind mit insgesamt 134 Milliarden Euro verschuldet. Das sind 1.630 Euro pro Bürger - vom Kleinkind bis zum Rentner. "Die Kommunen müssen jetzt handeln und sich von Geschäftsbereichen trennen, die nichts mit staatlichen Aufgaben zu tun haben. Dank unseres Steuergelds genießen sie Wettbewerbsvorteile und handeln wie Großkonzerne", sagt Holznagel. "Es ist kaum noch nachvollziehbar, in welchen Bereichen der Wirtschaft unser Steuergeld verwendet wird. Dieser Missstand muss endlich ein Ende haben." Der Bund der Steuerzahler fordert, dass die Kommunen ihre Bücher konsequent offenlegen.

Bearbeitung: G.K.



Der Gesetzgeber soll die Privilegien für kommunale Unternehmen bei der Umsatzsteuer wieder einschränken

Bittere Niederlage für die GEMA

Das wird Unternehmer und Kommunalpolitiker interessieren: Das Oberlandesgericht in Schleswig hat mit einem Urteil der GEMA einen Dämpfer erteilt. Die GEMA forderte von der Stadt Kiel 800.000 Euro an Gebühren für Musikdarbietungen während der "Kieler Woche". Kiel hatte sich geweigert, solche Gebühren für Musikdarbietungen auch für solche Flächen zu zahlen, die an private Veranstalter vermietet worden waren. Die GEMA hingegen machte die Stadt für alle Veranstaltungsflächen, die privat genutzten und die städtischen, pauschal gebührenpflichtig. Das Gericht sah dies anders. Die GEMA wird nun ihre Gebühren bei jedem einzelnen Veranstalter eintreiben müssen. Unterdessen knüpft die GEMA ihr Gebührennetz immer engmaschiger. Während sie bis vor einiger Zeit nur Gebühren für eine tatsächlich beschallte Fläche bei einer Außenveranstaltung verlangte, sollen Veranstalter nun für die gesamte Fläche zahlen, was wohl das Aus für zahlreiche Open-Air-Veranstaltungen in Deutschland bedeutet. Dazu ein Veranstalter: "Die GEMA sägt den Ast ab, auf dem sie sitzt."

22 KÜNDIGUNG BEI KRANKHEIT



Ein unter Arbeitgebern wie Arbeitnehmern weit verbreiteter Irrglaube: Bei Krankheit hat man "Kündigungsschutz"

Kündigung während der Krankheit ist zulässig

"Während einer Krankheit des Arbeitnehmers ist es verboten, eine Kündigung auszusprechen", diese Annahme ist so weit verbreitet wie falsch. Dies zeigt ein bemerkenswertes Urteil des Landesarbeitsgerichts Rheinland-Pfalz. Der Kläger war als Fahrer bei der Beklagten beschäftigt. Am 26. Februar 2014 legte er eigenmächtig die Arbeit nieder. Die Beklagte kündigte daraufhin das Arbeitsverhältnis außerordentlich. Der Kläger war ab demselben Tag durchgehend bis zum 31. März 2014 arbeitsunfähig erkrankt. Die Kündigung erwies sich in einem gesonderten Verfahren als bestandskräftig. Der Kläger machte gleichwohl weiter Zahlungsansprüche für den Monat März 2014 geltend. Zur Begründung führte er u. a. aus, dass die Beklagte aus Anlass der Arbeitsunfähigkeit gekündigt habe und gem. § 8 EFZG zur Fortzahlung der Vergütung bis zum Ende der Arbeitsunfähigkeit verpflichtet sei.

Bemerkenswertes Urteil

Nachdem das Gericht der ersten Instanz der Argumentation des Klägers folgte, wies das Landesarbeitsgericht die Klage ab (Landesarbeitsgerichts Rheinland-Pfalz vom 20. Mai 2015, Az.: 7 Sa 794/14). Nach Auffassung der Kammer erfolgte die Kündigung nicht "aus Anlass der Arbeitsunfähigkeit". Der Arbeitgeber sei kündigungsrechtlich nicht gehindert, während einer krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeit zu kündigen. Er könne auch wegen einer lang anhaltenden oder wegen vieler Kurzerkrankungen eine sozial gerechtfertigte

Kündigung aussprechen und zwar auch dann, wenn der Arbeitnehmer bei Zugang der Kündigung gerade arbeitsunfähig sei. Der Arbeitnehmer habe nur dann einen Anspruch auf Entgeltfortzahlung über den Kündigungstermin hinaus, wenn die Arbeitsunfähigkeit den Anlass gegeben habe, die Kündigung auszusprechen. "Anlass" im Sinn des § 8 Absatz 1 Satz 1 EFZG sei nicht gleichbedeutend mit dem Kündigungsgrund.

Eine Kündigung aus Anlass der Arbeitsunfähigkeit scheide immer dann aus, wenn der Arbeitgeber zum Zeitpunkt der Kündigung keine Kenntnis von der Erkrankung habe oder die Kündigung aus einem anderen Grund ausgesprochen worden sei. Der Arbeitnehmer habe die Tatsachen darzulegen, aus denen sich ergibt, dass der Arbeitgeber die Kündigung aus Anlass der Erkrankung ausgesprochen habe, mag er auch andere Gründe dafür gehabt haben. Regelmäßig genüge insoweit der Hinweis auf die Kenntnis des Arbeitgebers von der krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeit und der zeitliche Zusammenhang zwischen Arbeitsverhinderung und Kündigung. Diesen Anscheinsbeweis könne der Arbeitgeber dadurch entkräften, dass er sich wie in dem von den Mainzer Richtern entschiedenen Fall auf andere Kündigungsgründe beruft. Danach hat die Beklagte das Verhalten des Klägers als Arbeitsverweigerung aufgefasst und nach seinem Vortrag aus diesem Grund gekündigt. Von daher erfolgte die Kündigung nicht aus Anlass der Arbeitsunfähigkeit. Das Gericht wies deshalb die Klage des Arbeitnehmers ab.

Unser Autor Klaus-Dieter Franzen ist Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht und Fachanwalt für Gewerblichen Rechtsschutz in Bremen



Wenn "Sherlock Holmes" gegen den Arbeitnehmer im Einsatz ist

BAG; Urteil vom 19.02.2015; 8 AZR 1007/13

Schöpft ein Arbeitgeber Verdacht, dass ein Arbeitnehmer seine Arbeitsunfähigkeit nur vortäuscht, sollte er mit dem Einsatz eines Detektives vorsichtig sein. Das Bundesarbeitsgericht (BAG) gab in einer Pressemitteilung zu einem Urteil vom 19.02.2015 bekannt, dass der Arbeitgeber rechtswidrig handelt, wenn sein Verdacht nicht auf konkreten Tatsachen beruht. Die Klägerin war bei der Beklagten seit Mai 2011 als Sekretärin tätig. Ab dem 27. Dezember 2011 war sie arbeitsunfähig erkrankt. Für die Zeit bis 28. Februar 2012 legte sie nacheinander sechs Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen vor, zuerst vier eines Facharztes für Allgemeinmedizin, danach zwei einer Fachärztin für Orthopädie. Der Geschäftsführer der Beklagten bezweifelte den zuletzt telefonisch mitgeteilten Bandscheibenvorfall und beauftragte einen Detektiv mit der Observation der Arbeitnehmerin.

Der Detektiv ermittelte an vier Tagen. Er beobachtete das Haus der Klägerin, sie und ihren Mann mit Hund vor dem Haus und den Besuch der Klägerin in einem Waschsalon. Dabei wurden auch Videoaufnahmen erstellt. Der Observationsbericht enthält elf Bilder. neun davon aus Videoseguenzen. Die Klägerin hält die Beauftragung der Observation einschließlich der Videoaufnahmen für rechtswidrig und fordert ein Schmerzensgeld. Sie habe erhebliche psychische Beeinträchtigungen erlitten, die ärztlicher Behandlung bedürften. Das Landesarbeitsgericht (LAG) hat der Klage in Höhe von 1.000,00 Euro stattgegeben. Die Revisionen beider Parteien blieben vor dem BAG ohne Erfolg. Die Observation einschließlich der heimlichen Aufnahmen war rechtswidrig. Der Arbeitgeber hatte keinen berechtigten Anlass zur Überwachung. Der Beweiswert der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen war weder dadurch erschüttert, dass sie von unterschiedlichen Ärzten stammten, noch durch eine Änderung im Krankheitsbild oder weil ein Bandscheibenvorfall zunächst hausärztlich behandelt worden war. Die vom LAG angenommene Höhe des Schmerzensgeldes war revisionsrechtlich nicht zu korrigieren.



Achtung: Kindesunterhalt wird erneut angepasst

www.ola-duesseldorf.nrw.de/infos/ Duesseldorfer tabelle

Die "Düsseldorfer Tabelle" ist in aller Munde. Nach der Erhöhung des Unterhalts zum 1. August 2015 folgte nun die nächste Anpassung. Die ietzige Erhöhung der Bedarfssätze unterhaltsberechtigter Kinder zum 1. Januar 2016 beruht auf der Verordnung zur Festlegung des Mindestunterhalts minderjähriger Kinder nach § 1612a BGB. Der Mindestunterhalt minderjähriger Kinder beträgt ab dem 1. Januar 2016 bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres (1. Altersstufe) 335,00 Euro statt bisher 328,00 Euro, für die Zeit vom siebten bis zur Vollendung des zwölften Lebensjahres (2. Altersstufe) 384,00 Euro statt bisher 376,00 Euro und für die Zeit vom 13. Lebensjahr bis zur Volljährigkeit (3. Altersstufe) 450,00 Euro statt bisher 440,00 Furo monatlich.

Auf den Bedarf des Kindes wird nach § 1612b BGB das Kindergeld angerechnet. Dieses beträgt seit dem 1. Januar 2016 für ein erstes und zweites Kind jeweils 190,00 Euro, für ein drittes Kind 196,00 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind 221,00 Euro. Das Kindergeld ist bei minderjährigen Kindern in der Regel zur Hälfte auf den Unterhaltsbedarf anzurechnen.

Mehr Geld auch für Studenten

Seit dem 1. Januar 2016 erhalten auch studierende volljährige Kinder, die nicht bei einem Elternteil wohnen, mehr Geld. Ab dem 1. Januar 2016 beträgt der Bedarfssatz 735,00 Euro, wobei ein Wohnkostenanteil von 300,00 Euro enthalten ist. Der bisherige Bedarfssatz von 670,00 Euro war seit dem 1. Januar 2011 unverändert und bedurfte der Anpassung.

24 AUTO-FAHRBERICHT



Der Japaner wirkt dynamischer als die meisten Wettbewerber

Den CX-5 haben wir vor ein paar Jahren bereits einmal vorgestellt, seitdem soll er noch besser geworden sein. Die Verkaufszahlen jedenfalls bestätigen dies. Und die Skyactive-Motoren bilden laut Hersteller einen "Neustart" und "Beginn einer neuen Ära" an. Das sind große Töne für jemanden, der ins Terrain von Kassenschlagern wie einem VW Tiguan oder Nissan Qashqai vorstoßen will. Optisch findet Mazda beim CX-5 einen guten Mittelweg zwischen der wertig anmutenden Eleganz eines Tiguan und der dynamischen Linienführung eines Qahsqai. Obwohl er seine direkte Konkurrenz an Länge, Breite und Höhe überragt, wirkt der Japaner damit dennoch dynamischer als die meisten Wettbewerber.

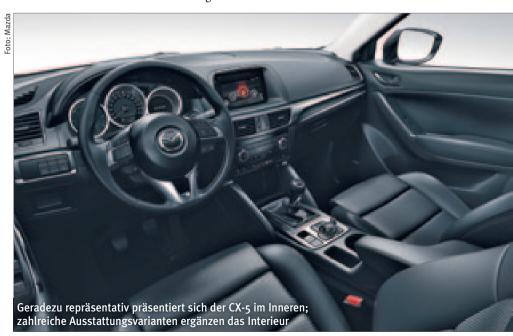
"Dieses Auto ist der MX-5 unter den Geländewagen", verspricht Mazda den Kunden. So viel vorweg: So ganz stimmt die Ansage nicht. Denn vom puristischen Fahrvergnügen des kultigen Roadsters MX-5 ist der komfortable Crossover – trotz namentlicher Nähe – doch ziemlich entfernt; im positiven Sinn. Denn das neu entwickelte Fahrwerk lässt den CX-5 zwar satt auf der Straße liegen,

gleicht jedoch die meisten Unebenheiten der Fahrbahn gekonnt aus. Dank Leichtbau-Chassis entwickelt das nur 1.550 kg schwere SUV eine Agilität, die man einem Wagen seiner Statur kaum zugetraut hätte.

Die hohe Durchzugskraft im niedrigen Drehzahlbereich, in Kombination mit der butterweich durch die Gassen flutschenden 6-Gang-Schaltung, macht den CX-5 zu einem wahren Allrounder. Egal ob in der Stadt, auf dem Land oder der Autobahn: der Mazda CX-5 überzeugt durch hohen Fahrkomfort und niedrigen Verbrauch. Nicht schlecht staunten wir, als der Verbrauch laut Bordcomputer im Stadtverkehr die Herstellerangaben unterschritt und sich dem Normverbrauch von 5.2 l/100 km näherte.

Fazit: Mit dem CX-5 hat Mazda einen harten Brocken auf das Segment der Kompakt-SUVs losgelassen. Er ist nur unwesentlich größer als seine Wettbewerber, bietet dafür aber deutlich mehr Platz für Passagiere und Ladung. Auch der Antrieb macht einen hervorragenden Eindruck, überzeugt durch Laufruhe, Durchzugskraft und Effizienz. Abgerundet wird das sehr gute Gesamtbild durch die Stimmigkeit der verbauten Materialien und der sehr guten Verarbeitung. Preislich kann der CX-5 ebenso überzeugen. Denn obwohl die Einstiegspreise der einzelnen Ausstattungsvarianten nur noch knapp unter Wettbewerbs-Niveau liegen, verfügt der Mazda über ein stärkeres Aggregat und die deutlich umfangreichere Serienausstattung. Da Mazda auch in Sachen Verarbeitung und Wertigkeit gleichzieht, ist der CX-5 ein ernst zu nehmender Konkurrent.

Günter Kohl





Eine Idee von Glück

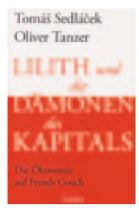
Petrini/ Sepulveda Hardcover, 167 S., 16,95 Euro ISBN 978-3-86581-735-8 Oekom Verlag

Es ist mehr philosophischer Natur, denn als praktische Handlungsanweisung gedacht, was die beiden Autoren uns als Gedankengerüst anbieten. Luis Sepulveda, der weltbekannte chilenische Schriftsteller und Carlo Petrini, Italiener und Erfinder des Slow Food. Sie erzählen von ihren eigenen Dingen im Leben, vom guälenden Hunger in Afrika, von der Angst vor Fremdem, von großen und kleinen Helden und dem "revolutionärsten und demokratischsten" Ziel von allem, dem Recht auf Genuss.

Cheaponomics

Michael Carolan Hardcover, 304 S., 22,95 Euro ISBN 978-3-86581-734-1 Oekom Verlag

Seinen persönlichen Albtraum vom Billigwahn, den US-Riesen Walmart, vor Augen, schreibt sich der amerikanische Autor und Professor für Soziologie seinen "Geiz-ist-geil"-Frust von der Seele. Er liefert jede Menge Beispiele, stellt Zusammenhänge her und entwickelt ein Geschäftsmodell, von dem jeder etwas hat. Seine Quintessenz lautet: Höhere und gerechte Preise sind notwendig und möglich, ohne dass wir auf Wesentliches verzichten müssen. In Deutschland steht diese Diskussion, z. B. zu den Nahrungsmittelpreisen, noch am Anfang.



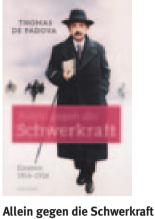
Lilith und die Dämonen des Kapitals

Die Ökonomie auf Freuds Couch Geb., 352 S., 26,- Euro ISBN 978-3-446-44457-7 Carl Hanser Verlag

In elf Sprachen wurde das Buch "Die Ökonomie von Gut und Böse" des tschechischen Wirtschaftswissenschaftlers Tomas Sedlacek übersetzt. Sein neuestes Werk scheint von ähnlichem Erfolg gekrönt zu werden - auch dieser Titel präsentiert uns ein Wirtschaftssystem, das krank und gestört ist. Folglich legt der Autor zusammen mit Oliver Tanzer unsere Wirtschaft auf die Couch und kommt in der Folge zu überraschenden und etwas verstörenden Einsichten.

Einen Scheiß muss ich

Tommy Jaudt Broschur, 320 S., 16,99 Euro ISBN 978-3-596-03227-3 Fischer Verlag



Thomas de Padova Geb., 300 S., 21,90 Euro ISBN 978-3-446-44481-2 Carl Hanser Verlag

Das 100-jährige Jubiläum der Relativitätstheorie am 25.11.2015 war der Anlass für das Entstehen dieses Buches – eine Biografie Albert Einsteins. In klarer Prosa schildert der Autor Einsteins zerrissenes Lebensumfeld in seinen frühen Berliner Jahren ab 1914. Er zeigt, wie der große Denker zum Kämpfer für Völkerverständigung wird und die politische Bühne betritt. In einer um ihn herum kollabierenden Welt erfindet er Raum und Zeit neu.



Einfach mehr Charisma Claudia Enkelmann

Geb., 230 S., 19,90 Euro ISBN 978-3-7093-0598-0 Linde Verlag

Wie es kommt, dass beispielsweise Bill Clinton, George Clooney und Angela Merkel die Aufmerksamkeit anderer stärker erregen als normale Menschen? Was haben sie an sich? Die Antwort der Autorin, einer promovierten Psychologin und Soziologin: "Sie besitzen Charisma, das gewisse Etwas und eine unglaublich positive Ausstrahlung". Damit sind wir beim Inhalt dieses Buches. Es zeigt auf, wie man sein persönliches Charisma entfaltet, um Einfluss und Erfolg zu steigern.

Ein durchgeknallter Autor (Sean Brummel), ein kongenialer Übersetzer (Tommy Jaud), ein verrücktes Buch als "Manifest gegen das schlechte Gewissen", das mit vier Seiten Quellenhinweisen mehr Fundstellen aufweist als so manche Promotionsarbeit einer Medizinerin. Um Sie, liebe Leser, neugierig auf dieses Buch zu machen, hier zwei Zitate aus dem Inhaltsverzeichnis: "Warum das Wochenende viel länger ist, wenn Sie nichts tun" und "Warum Sie beim Fernsehen mehr Kalorien verbrennen als beim Sport".

Das demokratische Unternehmen

Geb., 308 S., 59,- Euro ISBN 978-3-648-074343 Haufe Verlag

Der digitale Wandel führt zu einer neuen Arbeitskultur und zwingt viele Unternehmen zum Umdenken bei den Formen der Zusammenarbeit. Schließlich bietet die Digitalisierung auch neue Möglichkeiten der Beteiligung der Arbeitnehmer. Das Buch stellt neuartige Konzepte für das Unternehmen der Zukunft vor. Ein eigenes Kapitel ist dem Thema "Wie Mittelständler und Konzerne vom Trend der Demokratisierung profitieren" gewidmet.

CSU-Parteitag beschließt MU-Positionen – MU-Mitglieder im Parteivorstand

Der CSU-Parteitag hat am 20./21. November 2015 in München wichtige Positionen der Mittelstands-Union übernommen und beschlossen. Zugleich wurden zahlreiche MU-Mitglieder und kooptierte MU-Vorstandsmitglieder in den CSU-Parteivorstand gewählt – herzlichen Glückwunsch! Das bestätigt: Die MU ist die Stimme für Mittelstand, Mittelschicht und Marktwirtschaft direkt in Politik und Parlament.

So stimmte der CSU-Parteitag für den MU-Antrag "Anreize für mehr Wohnraum schaffen" – nicht nur für Flüchtlinge, sondern ebenso für Einheimische – auf Initiative des MU-Fachausschuss Infrastruktur, Energie, Bau und Verkehr mit Dr. Thomas Geppert. Für den Antrag sprachen MU-Vorsitzender Dr. h.c. Hans Michelbach, Peter Erl und Richard Graßl.

Der Parteitag beschloss ebenso den Antrag "Moderne Arbeitswelt" mit der Forderung nach Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes – auf Initiative des MU-Fachausschuss Tourismus, Handel, Dienstleistungen, mit Claudia Heim. Für den Antrag sprachen Peter Erl, Klaus Holetschek, MdL und Klaus Stöttner, MdL.

Die CSU fordert die Einführung einer Staateninsol-

venzordnung! Auch diesen MU-Antrag beschloss der Parteitag, auf Initiative des niederbayerischen MU-Bezirksvorsitzenden Peter Erl und nach einer MU-Mitgliederbefragung.

Weitere zentrale Positionen – wie vor allem im MU-Leitantrag "Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft" hinsichtlich steuerlicher Entlastungen, beim Bürokratieabbau, bei der Flexi-Rente oder bei der Erbschaftsteuerreform – wurden mit zum Teil ausdrücklicher Zustimmung in der Sache an die parlamentarischen Gruppen der CSU verwiesen.

Weitere Informationen:

www.mu-bayern.de www.facebook.com/mittelstandsunion www.csu.de/partei/parteiarbeit/arbeitsgemeinschaften/ mu/ueber-uns/

MU Rosenheim-Land: Vorstellung des 10.000-Häuser-Programms

Die bayerische Staatsregierung hat ein deutschlandweit einzigartiges 10.000-Häuser-Programm gestartet, mit dem Privathaushalte beim Neubau oder der Energetischen Sanierung zusätzlich zu den bestehenden Förderprogrammen des Bundes (KfW, BAFA) finanziell unterstützt werden. Um Handwerksbetriebe und Bürger über das neue Förderprogramm zu informieren, organisierten die MU und CSU Rosenheim-Land in Kooperation mit der Unternehmensgruppe Gienger eine Informationsveranstaltung bei

Gienger in Raubling. Die Vorsitzende der MU, Angelika Artmann (3.v.r.) und Verkaufsleiter Christian Niggl der EFG Gienger KG unterstrichen in ihrer Begrüßung, wie der bayerische Mittelstand von diesem Programm profitiert. Sie sehen aber auch eine Pflicht bei den Betrieben, die Kunden dahingehend korrekt zu beraten. CSU-Kreisvorsitzender Klaus Stöttner, MdL (2.v.l.), betonte, dass die Energiewende ohne eine Wärmewende nicht denkbar sei, da 40 Prozent der Energie im Gebäudebereich eingesetzt werde.



MU-Finanzausschuss und MU Schwaben bei der EZB in Frankfurt



Zu Gesprächen in der Europäischen Zentralbank in Frankfurt trafen sich Mitglieder des MU-Fachausschusses Banken und Finanzmarkt und der MU Schwaben unter Leitung des Fachausschussleiters und Bezirksvorsitzenden Rupert Mößmer (7.v.r.)

MU Rosenheim-Stadt im Gespräch mit Birgit Kelle

Die 40-jährige Birgit Kelle, TV-Bekannte Autorin und selbst Mutter von vier Kindern, prangert das "Gender Mainstreaming" an, eine aus Ihrer Sicht absurde Ideologie, die unseren Alltag bestimmen soll. Nicht nur seit der Diskussion um die Frauenquote in Wirtschaft und Politik sowie um das Erziehungsgeld nehme der Hang zum Gender Mainstreaming immer größere Stilblüten an. Anhand zahlreicher drastischer Beispiele machte die Referentin deutlich, dass die Bewegung zwischenzeitlich enorme Dimensionen erreicht, die letztlich den Steuerzahler teuer zu stehen kommen.

In der Realität sehe es so aus, dass Unternehmen gar nicht genügend Frauen in Führungspositionen finden. Denn Frauen seien oft gar nicht bereit, weiter Karriere machen, da sie sich in der aktuellen Position wohl fühlen, Stichwort "Work-Life-Balance". In Norwegen führte die Einführung der Frauenquote dazu, dass nun Frauen teilweise sechs und mehr Aufsichtsrat-Mandate gleichzeitig ausüben.



"Wider dem Gleichheitswahn - Frauen und Männer sind unterschiedlich und das ist gut so", zu diesem Thema hatte die MU Rosenheim-Stadt die Journalistin Birgit Kelle (Mitte) eingeladen. MU-Vorsitzender Reinhard Bauer (2.v.l.) und CSU-Kreisvorsitzender Klaus Stöttner, MdL (2.v.r.) begrüßten die 70 Teilnehmer in den Geschäftsräumen der Firma Schwadke Büromöbel

Mittelstandsempfang der MU Neustadt/Waldnaab

"Das Ganze, was jetzt stattfindet, ist eine Krise des Rechts. Es ist gegen das Gesetz, dass unkontrollierte Grenzüberschreitungen stattfinden", so MU-Vorsitzender Dr. h.c. Hans Michelbach, MdB, beim Mittelstandsempfang der MU Neustadt/Waldnaab.

Die Mittelständler seien be-

reit, den Zuwanderern Ausbildungsplätze anzubieten. "Wir sind in der Lage, die Flüchtlinge auszubilden. Aber auch hier braucht es klare Regelungen." Praktika würden durch das Mindestlohngesetz verhindert. "Solche Bürokratiemonster schlagen bei solchen Ereignissen doppelt wieder zu."



Unser Foto zeigt: Kreisvorsitzender Harald Gollwitzer (4.v.r.) ehrte zusammen mit Michelbach (2.v.l.) Karl Arnold (Luhe-Wildenau), Anton Korsche (Neustadt/WN), Franz Rosner (Flossenbürg) und Rainer Rappl (Moosbach) für 30 Jahre Mitgliedschaft in der MU. Seit 40 Jahren gehören Alfred Fröhler (Floß) und Hans Lukas (Kirchendemenreuth) der Arbeitsgemeinschaft der CSU an

Neben der Flüchtlingskrise kam Michelbach auch auf die Griechenlandkrise und die Nein-Stimmen aus den Reihen der Union gegen weitere Hilfen zu sprechen. Dabei stellte er klar: "Wir sind für Europa. Wir haben große Vorteile durch den Binnenmarkt." Hilfen seien in Ordnung, aber nur für Gegenleistungen. Die griechische Regierung habe 48 Versprechungen gemacht. Umgesetzt habe sie aber nur 14. "Es kann nicht sein, dass wir der Zahlmeister der Nation und der ganzen europäischen Union sind." Ein Schuldenerlass bereite ihm große Sorgen, könnten doch weitere Staaten wie Portugal, Spanien oder Irland ebenfalls auf den Erlass ihrer Verbindlichkeiten bestehen.

MU Bayern – ausgewählte Veranstaltungen 2016

13. Juni 2016 (Mo.), 18 Uhr MU-Wirtschafts-Gespräche mit Gründerforum in München, mit Bundesfinanzstaatssekretär Jens Spahn, MdB

Iuli 2016

MU-Sommerempfang in Unterfranken

15. Oktober 2016 (Sam.), 10 Uhr

Bayerischer Mittelstandstag 2016 mit der MU-Landesversammlung (mit Neuwahlen) in der Heinrich-Lades-Halle in Erlangen

Diese und alle weiteren Termine auch auf

www.mu-bayern.de.

Um Anmeldungen wird gebeten.

Ich bin in der MIT, weil ...

"... es wichtig ist, sich für die Freiheit des Eigentums und ein christliches Unternehmersein zu engagieren!" "... ich zeigen möchte, dass auch junge Menschen etwas anpacken und verändern können! Das geht mit der MIT!" "... der Mittelstand das Rückgrat der Deutschen Wirtschaft ist und ich zeitnah über Entwicklungen der Wirtschaftspolitik unseres Landes informiert sein möchte."

Alexander Zeihe



Alexander Zeihe, Hauptgeschäftsführer der AGDW-Die Waldeigentümer e.V., ist Historiker mit Schwerpunkt Sozial- und Wirtschaftsgeschichte und

studierter Betriebswirt, M.B.A. Nach dem Einsatz als Seeoffizier auf einer Fregatte arbeitete Zeihe ab 2004 als Adjutant im Persönlichen Büro des Bundespräsidenten Horst Köhler. Es folgten Stationen in Geschäftsverantwortung bei der HanseMerkur Versicherungsgruppe, zuletzt als Hauptstadt- und Verbandsbevollmächtigter im politischen Berlin. Ende 2014 übernahm er die Hauptgeschäftsführung der AGDW. Sie ist der Spitzenverband der deutschen Waldeigentümer und vertritt auf Bundes- und EU-Ebene die Interessen von zwei Millionen privaten und kommunalen Waldeigentümern. Ziel ist es, die nachhaltige multifunktionale Forstwirtschaft in Deutschland zu stärken und die Nutzung des Rohstoffes Holz zu fördern. Der Wald beschäftigt 1,2 Millionen Menschen in 185.000 mittelständischen Betrieben und sorgt für einen Umsatz von 180 Milliarden Euro jährlich.

Alexander Zeihe ist im Januar 2016 in die MIT Berlin-Mitte eingetreten.

Manuel Bittorf



Der heute 23-jährige
Manuel Bittorf begann
sich im Alter
von 19 Jahren
neben seiner
Ausbildung
zum Fachinformatiker
in einem mit-

telständischen Fuldaer Unternehmen eine Existenz aufzubauen. Seit Anfang 2015 leitet der "Rhöner Bub" sein IT-Unternehmen, die edu-technik e.K., mit mittlerweile drei Mitarbeitern.

Schwerpunkt des IT-Systemhauses ist die Erbringung von Dienstleistungen rund um die Themengebiete IT-Infrastruktur, IT-Service, Virtualisierung, Vertrieb, TK-Lösungen, Standortvernetzung, IT-Sicherheit und Webdesign.

Als Full-Service-Dienstleister erhalten Kunden das Rundum-Sorglos-Paket in Sachen IT, sodass wieder mehr Zeit für das Kerngeschäft bleibt.

Ergänzt wird das breite Portfolio ab Februar 2016 durch die sogenannte "rhöncloud", welche Unternehmen flexibles IT-Outsourcing zu überschaubaren und fairen Konditionen bietet.

Manuel Bittorf ist im Dezember 2015 in die MIT Fulda eingetreten.

Christina Begale



Christina Begale ist seit 2012 als selbstständige PR-Beraterin mit den Schwerpunkten Sportmarketing und Management tätig. Begale

communications ist eine Kommunikations-Agentur mit Sitz in Düsseldorf, die für national und international agierende Unternehmen, Verbände und Institutionen arbeitet. Begale ist u.a. Mitglied im Ausschuss für Tourismus, Kongress und Messewesen der IHK Düsseldorf, Mitglied in der Mitgliedervertreterversammlung der Gothaer VVaG, Beiratsmitglied Fachbereich Sport der IST Hochschule Düsseldorf. Zudem ist sie u.a. Botschafterin der Sportstadt Düsseldorf und unterstützt die Stadt bei der Erreichung ihrer Ziele zur Positionierung im In- und Ausland. Oberbürgermeisters Joachim Erwin (t, CDU) holte sie in sein Team und machte sie 2002 zur Koordinatorin der Olympia Bewerbung Düsseldorf Rhein-Ruhr 2012. Als Sportreferentin steuerte sie im Rathaus die Entwicklung der schuldenfreien Stadt zur Sportstadt. 2006 wurde Begale zu Erwins Büroleiterin ernannt und blieb dies bis zu seinem Tod.

Christina Begale ist im Dezember 2015 in die MIT Düsseldorf eingetreten.

MIT-Bundesgeschäftsstelle mit prominenten Gästen eingeweiht

Ein großes Projekt hat seinen Abschluss gefunden: Ende November des vergangenen Jahres wurden die neuen Räume der MIT-Bundesgeschäftsstelle in Berlin eröffnet – mit prominenter Unterstützung. Vertreter des Bundestags, der wichtigsten Wirtschaftsverbände und der Medien waren ebenso zu Gast wie der MIT-Bundesvorstand, Partner aus dem Konrad-Adenauer-Haus und Vertreter der anderen CDU-Vereinigungen. Zur Begrüßung der Gäste redeten die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Dorothee Bär, MdB und CDU-Generalsekretär Peter Tauber, MdB.



Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Dorothee Bär, während ihrer Begrüßung



CDU-Schatzmeister Dr. Philipp Murmann, MdB (l.), überreicht das Faksimile der Gründungsurkunde der CDU an den MIT-Bundesvorsitzenden Dr. Carsten Linnemann, MdB, und MIT-Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben



Begrüßungsrede von CDU-Generalsekretär Peter Tauber



(v.l.) Henning Wüst, MdL, Landesvorsitzender der MIT NRW und Thomas Jarzombek, MdB, MIT-Fachsprecher Digitales/Startup



(v.l.) Conrad Clemens, Bundesgeschäftsführer der Jungen Union und Paul Ziemiak. Bundesvorsitzender der Jungen Union



Im Gespräch: (v.l.) PKM-Vorsitzender Christian Frhr. von Stetten, MIT-Chef Carsten Linnemann und der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Jens Spahn, MdB



Die Spenderwand in der neuen Geschäftsstelle zeigt die Namen der Unterstützer des Neubaus der Bundesgeschäftsstelle. Einige wenige Plätze sind noch frei ...



Rede des alten und neuen Bundesvorsitzenden Carsten Linnemann

Anfang November des vergangenen Jahres fand der 12. Bundesmittelstandstag (BMT) der MIT mit prominenten Gästen aus Politik und Wirtschaft statt. Mehr als 500 Delegierte und rund 200 Gäste sowie zahlreiche Aussteller erlebten spannende Debatten rund um die Belange mittelständischer Politik. Ein Veranstaltungshöhepunkt war die Rede von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble, der den Delegierten im Anschluss zur Diskussion zur Verfügung stand.

Linnemann mit großer Mehrheit im Amt bestätigt

Mit einer überwältigenden Mehrheit von 98,7 Prozent wurde der Bundestagsabgeordnete Dr. Carsten Linnemann im Amt des MIT-Bundesvorsitzenden bestätigt. Als Stellvertreter wurden Dieter Bischoff, Rolf Koschorrek, Patricia Lips, Dr. h.c. Hans Michelbach, Dorin Müthel-Brenncke und Jürgen Presser wiedergewählt. Im Amt des Bundesschatzmeisters wurde Hermann Hesse bestätigt. Eine Übersicht über die weitere Zusammensetzung des neuen MIT-Bundesvorstands mitsamt der thematischen Fachsprecher finden Sie ab Seite 10 dieser Ausgabe.

Antrag für Staatsreform verabschiedet

In Dresden wurde auch der Leitantrag des MIT-Bundesvorstands "Deutschland kann mehr – Aufbruch in den Chancen-Staat" verabschiedet. In dem Zehn-Punkte-Programm fordert die MIT eine umfassende Staatsreform. MIT-Chef Linnemann: "Die derzeit gute Konjunktur ist trügerisch und beruht auf einer Unterbewertung des Euro, dem niedrigen Ölpreis und der faktischen Null-Zins-Politik der EZB. Wir müssen heute mit wirksamen Reformen die Grundlage dafür schaffen, dass es uns auch morgen noch gut geht."

MIT wird weiter modernisiert

Mit umfangreichen Satzungsänderungen hat der BMT die Weichen für eine weitere Modernisierung der MIT gestellt. So sollen Vorstandssitzungen künftig auch im Wege von Telefon- oder Onlinekonferenzen beschlussfähig sein. Die Entscheidung über die Aufnahme von Neumitgliedern soll innerhalb von vier Wochen erfolgen, andernfalls gelten sie automatisch als aufgenommen. Und die Zahl der Delegierten für den BMT soll um 25 Prozent auf knapp 500 Delegierte reduziert werden.

MIT-Positionen zu wichtigen Themen

Zudem fassten die Delegierten des BMT in Dresden zahlreiche Beschlüsse zu verschiedenen Sachthemen. Neben der Verabschiedung des Leitantrags "Deutschland kann mehr - Aufbruch in den Chancen-Staat" wurden eine klare Positionierung zu TTIP und ein Neustart bei der Erbschaftsteuerreform beschlossen.

Den gesamten Leitantrag sowie die neue MIT-Satzung und die Beschlussmappe mit allen angenommenen Anträgen finden Sie auf www.bundesmittelstandstag.de

BUNDESMITTELSTANDSTAG ◀ 31

Tagungsort des BMT 2015: Das Internationale Congress Center Dresden





Delegierte des BMT im Gespräch



Der Kandidatenflyer zur Wahl des Bundesvorstands der MIT



Delegierte des BMT während der Rede des Bundesvorsitzenden Carsten Linnemann



Wahl des Bundesvorstands

Podiumsdiskussion "MIT:TALK" mit (v.l.) dem Geschäftsführer der Taulia GmbH Martin Quensel, dem MU-Vorsitzenden Hans Michelbach, der Präsidentin von textil+mode Ingeborg Neumann, MIT-Chef Carsten Linnemann sowie dem Moderator, Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben



Rechnungsprüfer Tobias Hagemeyer und NRW-Landesvorsitzender Hendrik Wüst, MdL



32 **BUNDESMITTELSTANDSTAG**



Zu Gast, Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble, MdB



Der sächsische Ministerpräsident Stansislaw Tillich, MdL spricht zu den Gästen des Sponsorenempfangs



Rede des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium der Finanzen Jens Spahn, MdB $\,$

In der Ausstellerhalle präsentierten sich die Sponsoren und Partner des 12. BMT



Hohe mediale Aufmerksamkeit des BMT



Annahme des Leitantrags durch die Delegierten des BMT



Bühne des BMT in Dresden



NEUES VON DER



BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Neuigkeiten beim MittelstandsMagazin

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

ab dieser Ausgabe gibt es beim MittelstandsMagazin einige Veränderungen: Die Hälfte der Inhalte (rund 16 Seiten) werden ab sofort von einem Redaktionsteam in der MIT-Bundesgeschäftsstelle geschrieben. Verlag und die MIT als Herausgeber gestalten den Magazin-Inhalt stärker gemeinsam mit dem Ziel, die DNA der MIT deutlicher werden zu lassen.

Wir freuen uns, dass wir zur redaktionellen Unterstützung einen erfahrenen Magazinmacher, der zugleich Politikinsider und erfolgreicher Unternehmer ist, gewinnen konnten: Sidney Pfannstiel, den ehemaligen Chefredakteur des JU-Magazins "Die Entscheidung". Der 43-Jährige ist der MIT nicht unbekannt: In den Jahren 2004 bis 2006 konzipierte er die MIT-Messeauftritte zu den CDU-Parteitagen; im vergangenen Jahr führte er beim Bundesmittelstandstag in Dresden Regie. Pfannstiel blickt auf eine lange Karriere in unterschiedlichen Print- und Onlinemedien zurück. Für die kostenlose Tageszeitung "20 Minuten Köln" war er als Gesellschaftsreporter tätig. Zuletzt arbeitete er als Redakteur bei BILD in Berlin. Seit nunmehr vier Jahren gehört er dem Team im Konrad-Adenauer-Haus an, ist dort als Chef vom Dienst mit der Realisierung des "UNION Magazins" betraut. Der gebürtige Kölner ist verheiratet, hat eine Tochter und lebt in Brandenburg.

Mit seiner ergänzenden Zuarbeit wollen wir dazu beitragen politischen und wirtschaftliche Themen, anschaulicher und mit mehr MIT-Bezug darzustellen. Wir werden verstärkt mit Bilderseiten arbeiten und etablieren neue Rubriken, wie beispielsweise "Pro & Contra", in diesem Heft zum Freihandelsabkommen TTIP. Und wir werden bei unseren Interviews, Meinungsartikeln, Berichten und Reportagen verstärkt auf Repräsentanten der MIT setzen, auf Vorstandsmitglieder genauso wie Mitglieder an der Basis. Kurzum: Ab jetzt

gibt es das MittelstandsMagazin mit mehr Politik, mehr Fotos, mehr MIT.

Schicken Sie uns Ihre Kritik, Ihre Anregungen und Vorschläge: info@mit-bund.de

Herzliche Grüße

Thorsten Alsleben MIT-Hauptgeschäftsführer





Der Bundesvorsitzende unterwegs...

5. Februar 2015, 14:00 Uhr

MIT Kreisverband Heilbronn & CDU Stadtverband Bad Rappenau

Unternehmensbesichtigung, anschließend Vortrag "Bericht aus Berlin"

Bad Rappenau

5. Februar 2015, 18:00 Uhr

MU Kreisverband Erlangen Stadt & MU Kreisverband Erlangen-Höchstadt

Festansprache zur Jubiläumsveranstaltung der Mittelstandsunion Erlangen Erlangen



Der Bundesvorsitzende in den Medien

"Wir müssen die Dinge beim Namen nennen. Köln zeigt: Wenn der Zustrom so hoch bleibt, wird die Integration nicht funktionieren."

Carsten Linnemann, 9. Januar 2016, Spiegel Online.

"Wir alle wollen Schengen retten – wir brauchen ein offenes Europa. Gerade deshalb muss Deutschland, ähnlich wie Schweden und Dänemark, Signale setzen. Wir brauchen echte Grenzkontrollen. Wer keinen gültigen Pass hat, muss an der Grenze zurückgewiesen werden."

Carsten Linnemann, 16. Januar 2016, General-Anzeiger.

SCHLUSS MIT UNANGEBRACHTER POLITISCHER KORREKTHEIT

Ich frage einfach mal in die Runde unserer Leser: Hat Sie eigentlich jemand gefragt, ob Sie einverstanden sind, dass wir eine Million Flüchtlinge in Deutschland aufnehmen? Also, bei mir hat keiner angerufen, aber vielleicht war ich da gerade nicht zu Hause. Unsere Bundestagsabgeordneten scheinen auch nicht kontaktiert worden zu sein...

Obwohl uns zugesagt wurde, "die Zahl der Flüchtlinge wirksam zu reduzieren", kommen immer noch jeden Tag im Durchschnitt 3.000 Menschen bei uns an. Dann werden es wohl am Ende dieses Jahres wieder eine Million und mehr sein.

Von rechts bis links gibt es aus der Politik eine Menge Vorschläge, realistische und abstruse, wie jener Vorschlag von Sigmar Gabriel, straffällig gewordene Flüchtlinge ihre Haftstrafe im jeweiligen Heimatland verbüßen zu lassen. Für viel harmlosere Debattenbeiträge wäre noch kürzlich unsereins heftig diffamiert und als Rassist beschimpft worden. Aber das scheint abgehakt, das war "die Kultur unangebrachter politischer Korrektheit", wie es selbst unter Gutmenschen heißt. Ich benutze dieses Wort immer noch, weil ich die Definition der selbst ernannten "Unwort-Schöpfer" nicht teile.

Auch wenn der deutsche Pressecodex fordert, aus Gründen des Minderheitenschutzes bei der Berichterstattung über Straftaten die Zugehörigkeit der Täter zu bestimmten Ethnien oder Religionsgemeinschaften möglichst nicht zu benennen, haben die meisten Medien seit den Ereignissen in Köln ihre Zurückhaltung aufgegeben. Gut so! Also lesen wir jetzt, dass drei junge Bulgaren zwei deutschen Jugendlichen unter Gewaltandrohung ihre Handys gestohlen haben. Oder dass in Hamburg ein 23-jähriger Asylbewerber aus Somalia ein zehnjähriges Mädchen auf den Mund küsste. Oder dass zwei Flüchtlinge aus Syrien und Afghanistan in Puttgarden einen 49-jährigen Franzosen jüdischen Glaubens, als "Ehud" (Jude) beschimpft, zu Boden gerissen und beraubt haben. Und die Polizei gibt endlich zu, was wir schon seit langem wissen, dass es Einbrecherbanden mit Mitgliedern albanischer Herkunft sind, die uns in vielen Gegenden den Schlaf rauben.

Seit Iahren heißt es: Um Himmels willen kein Wasser auf die Mühlen der Rechtsradikalen! Nach Köln ist plötzlich alles anders. Welches Bild haben Staat und Medien von uns Bürgern, wenn er ihnen Wichtiges verschweigt? Hält er uns für geistig unterernährt, gar für Rassisten? Wir alle wissen sehr wohl, dass die übergroße Mehrheit der Flüchtlinge friedlich und gesetzestreu ist und dankbar dafür, bei uns in Deutschland zu sein. Aber unter einer Million Menschen sind auch Kriminelle. Statt so etwas zu verschweigen, muss man etwas dagegen tun. Mehr Polizei, härtere Regelungen zu Ausweisungen und Abschiebung sowie Wahrheit und Klarheit. Vor allem brauchen wir eine Justiz, die die alten und neuen Regelungen auch konsequent anwendet - hier liegt in den Augen vieler Menschen das größte Pro-

Die britische Kolumnistin Melanie Philipps schrieb den Deutschen ins Stammbuch: "Wenn Leute, die ihre Kultur verteidigen wollen, von den liberalen Eliten im Stich gelassen und als Nazis stigmatisiert werden, treibt man sie in die Arme von echten Rassisten und Faschisten."

In diesem Zusammenhang habe ich noch eine Frage an Sie. Geht es Ihnen auch so: In meinem Bekannten-, Verwandten- und Kollegenkreis ist eine zunehmende Distanz zur Union spürbar.



Günter F. Kohl ist Chefredakteur und Verleger des MittelstandsMagazins

IMPRESSUM

Mittelstands Magazin

Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU vertreten durch den Bundesvorsitzenden und den Hauptgeschäftsführer Schadowstraße 13, 10117 Berlin

Verlag

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH Geschäftsführer Günter F. Kohl Gärtnerkoppel 3 24259 Westensee Telefax: 04305 / 992 993 E-Mail: info@mitmagazin.com www.mit-magazin.de

Chefredakteur

Günter F. Kohl (G.K.) E-Mail: gk@mitmagazin.com

Redaktion Recht

Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar

Anzeigen

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee Brigitte Kohl Telefon: 04305/992992, Fax 04305/992993 E-Mail: anzeigen@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf

Nielsen I, II, VI , VII Verlagsvertretung Getz Telefon: 02205 /8 61 79, Fax 02205 /8 56 09

Nielsen III a, III b, IV, V KDH Medienservice Karin Dommermuth-Hoffmann Tel. 0261/394 953 36, Fax 0261/394 953 37

Satz und Layout

Walter Katofsky, Kiel Telefon: 0431/542244, Telefax: 0431/2603566 E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck

Frank Druck GmbH + Co KG Industriestraße 20, 24211 Preetz/Holstein

Bezugsbedingungen

MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich.

Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich. Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadensersatz.

ISSN 0932-3325

Copyrignt für den gesamten Inhalt: GK Mittelstands Magazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.







1. Tag: Vormittags Flug von Frankfurt nach Neapel. Transfer nach Sorrent. 7 ÜN in Sorrent. 2.Tag: Am Forum wurde einst Politik gemacht - in den Weinschenken, den Thermenanlagen, im Amphitheater herrschte eine Freizeitkultur, die im heutigen "mezzogiorno" ihresgleichen sucht. In der Villa Oplontis entdecken Sie prächtige Fresken und schwelgen in den Darstellungen des ausschweifenden Lebens der römischen Oberschicht. 3. Tag: "Die schönste Straße der Welt" schwingt sich in Serpentinen von Positano nach Amalfi. Arabische Elemente im Paradieskreuzgang des Domes künden von der glanzvollen Vergangenheit. Auf steiler Straße fahren Sie vorbei an Zitronenhainen und Weinbergen hinauf nach Ravello. 4. Tag: Während der Fahrt auf den majestätischen Vesuv schlüpft Ihr Reiseleiter in die Rolle des Geschichtsschreibers Plinius und schildert den dramatischen Ausbruch des Feuerbergs 79 n.Chr. Eine kleine Wanderung (wetterabhängig, 1 Std., leicht) durch die Lavafelder hinauf zum Kraterrand wird mit einem großartigen Rundblick belohnt. Nachmittags werden Sie herzlich in einem liebevoll gepflegten Zitronenhain bei Sorrent begrüßt. Fragen Sie nach dem Geheimrezept für Limoncello. 5. Tag: Fahrt mit dem Bus nach "Bella Napoli". Im Nationalmuseum zeigt Ihnen Ihr Reiseleiter eindrucksvolle Kostbarkeiten aus den antiken Häusern von Pompeji. Beim Rundgang in der Altstadt erwarten Sie mächtige Paläste, enge Gassen und quirliges Treiben. 6. Tag: Tag zur freien Verfü-

gung oder Schiffsausflug (gegen Mehrpreis) nach Capri. Mediterrane Blumen und Düfte begleiten Sie dort auf einer Wanderung (leicht, 2 Std.) auf den Monte Tiberio zur Villa Jovis. Nachmittags freie Zeit. 7. Tag: Die drei perfekt erhaltenen dorischen Tempel von Paestum, vor denen einst den Göttern geopfert wurde, zeugen von technischen Meisterleistungen, wirtschaftlicher Blüte und lebendiger Kultur. Auf einem Landgut erfahren Sie aus erster Hand, warum die Büffel so gerne hier weiden und wie der echte Mozzarella hergestellt wird. 8. Tag: Vormittags Transfer zum Flughafen von Neapel und Flug nach Frankfurt.

Reisepreis in Euro pro Person

	Tielsepreis in Euro pro i erson				
	8 Reisetage		EZ-		
	Termine 2016	DZ	Zuschlag		
	25.0402.05.2016	1745	275		
Ī	09.05. – 16.05.2016	1695	275		
	16.0523.05.2016	1845	275		
Ī	30.0506.06.2016	1845	275		
	06.0613.06.2016	1645	275		
Ī	13.0620.06.2016	1645	275		
	20.06 27.06.2016	1595	275		
Ī	26.0903.10.2016	1845	275		
	03.10. – 10.10.2016	1895	275		
	10.10. – 17.10.2016	1745	275		
	17.10. – 24.10.2016	1595	275		
Ì	24.10 31.10.2016	1495	275		

Im Reisepreis enthalten

. "Rail & Fly inclusive" zum/vom deutschen Abflugsort in der 1. Klasse von iedem Bahnhof in Deutschland Linienflug (Economy) mit Lufthansa von Frankfurt nach Neapel und zurück • Flug-/Sicherheitsgebühren Transfers, Ausflüge und Rundreise mit landesüblichen, klimatisierten Reisebussen • 7 Übernachtungen mit Frühstücksbuffet im sehr guten 3-Sterne-Hotel • Unterbringung in Doppelzimmern mit Bad oder Dusche/WC - Speziell qualifizierte Studiosus-Reiseleitung in Italien • Willkommensgetränk • 7x Abendessen • Besuch auf einem Zitronenhain • Mozzarellaprobe bei Paestum • Einsatz des Studiosus-Audiosets ■ Übernachtungssteuer ■ Eintrittsgelder ■ Trinkgelder im Hotel • Klimaneutrale Bus-/Bahn-/Bootsfahrten durch CO₂-Ausgleich • Ein Reiseführer pro Buchung

Zusätzlich buchbare Extras

- Ausflug "Capri" 70 €
- Zimmer mit seitlichem Meerblick 180 € (pro 7immer)
- Zuschlag 200 € für Anschlussflüge (nach Verfügbarkeit) ab/bis: Berlin, Bremen, Dresden, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, Leipzig, München, Nürnberg, Stuttgart.



Mindestteilnehmerzahl: 15 Personen, Sollte die Mindestteilnehmerzahl nicht erreicht werden, kann der Veranstalter bis spätestens am 21. Tag vor Reisebeginn vom Reisevertrag zurücktreten (Näheres siehe Reisebedingungen) – Deutsche Staatsbürger benötigen einen gültigen Personalausweis oder Reisepass. Impfungen sind nicht vorgeschrieben. – Veranstalter dieser Reise ist die Studiosus Gruppenreisen GmbH, Riesstr. 25, 80992 München. Die Reisebedingungen des Veranstalters sind im Internet unter www.agb-sgr.com druck- und speicherfähig abrufbar – Zahlungen sind nur bei Vorliegen des Sicherungsscheines (wird mit der Reisebestätigung versandt) im Sinne des § 651 k Abs. 3 BGB fällig. Bei Vertragsschluss wird eine Anzahlung von 20 % des Reisepreises, maximal iedoch 1000 € pro Person, fällig. Der restliche Reisepreis wird am 20. Tag vor Reiseantritt bzw. spätestens bei Erhalt der Reiseunterlagen fällig – Im Reisepreis sind keine Reiseversicherungen enthalten. Wir empfehlen jedem Teilnehmer den Abschluss der Reiseschutz-Pakete der Allianz Global Assistance, siehe www.agb-sgr.com/versicherung.

Name, Vorname, Geburtsdatum Mitreisende(r)

ittelstandsMagazin-Leserreise ITA<u>LIEN</u> Detaillierte Informationen und Buchung:

www.sgr-tours.de/msm

ANIMELDUNG / RESERVIERUNG		IVI
	Gewünschtes bitte eintragen bzw. ankreuzen	
Name, Vorname	Reisetermin:	
	☐ Doppelzimmer ☐ Einzelzimmer ☐ ½ Doppelzimmer	
Geburtsdatum	Flug ab/bis:	
	☐ Ausflug "Capri"	-
Telefon tagsüber (mit Vorwahl)	☐ Zimmer mit seitlichem Meerblick	
	☐ Ich melde mich und die aufgeführten Personen	
Straße/Hausnummer	verbindlich an – die Reisebedingungen liegen mir/uns vor.	
	Oder	ا
PLZ/Wohnort	 Ich bitte um Reservierung der Leistungen und Uber- sendung der Reisebedingungen vor Vertragsschluss. 	

Finfach Coupon senden an:

Studiosus Gruppenreisen GmbH Postfach 50 06 09, 80976 München



Coupon faxen an: Fax 08950060-405



Information/Reservierung/Buchung: Tel. 089 50060-479 mail@studiosus.com

Ort, Datum/Unterschrift



Planen Sie Ihre Zukunft und die Ihrer Mitarbeiter. Mit der betriebliche Altersversorgung (bAV) von R+V steigern Sie die Motivation und die Identifikation der Mitarbeiter mit Ihrem Unternehmen. Gleichzeitig gibt sie Ihnen die Möglichkeit, qualifizierte Fachkräfte langfristig zu binden. Die bAV ist eine Investition, die Ihren Mitarbeitern und Ihnen als Arbeitgeber attraktive Vorteile bringt. Erfahren Sie mehr auf www.ruv.de



